**Zeitschrift:** Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

**Herausgeber:** Kanton Bern

**Band:** - (1961)

**Artikel:** Verwaltungsbericht der Direktion des Fürsorgewesens des Kantons Bern

**Autor:** Huber, H. / Bauder, R.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-417630

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# VERWALTUNGSBERICHT

DER

# DIREKTION DES FÜRSORGEWESENS DES KANTONS BERN

## FÜR DAS JAHR 1961

*Direktor:* Regierungsrat H. HUBER

*Stellvertreter:* Regierungsrat Dr. R. BAUDER

## I. Allgemeines

### A. Gesetzgebung und Behörden

*a)* In der Abstimmung vom *3. Dezember 1961* hiess das Bernervolk das vom Grossen Rat des Kantons Bern einhellig angenommene *Gesetz über das Fürsorgewesen* (vgl. Verwaltungsberichte 1960 I/A *d*, 1959 I/A/*c*, 1958 I/A/*b* und weiter zurückliegende Berichte) mit 86 249 gegen 16 312 Stimmen gut. Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 12. Dezember 1961 tritt das Gesetz am 1. Juli 1962 in Kraft, zusammen mit demjenigen vom 22. Oktober 1961 über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizerbürger. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Invalidenfürsorge, die in einem spätern Zeitpunkt durch Beschluss des Grossen Rates in Kraft gesetzt werden. Für den Inhalt des Fürsorgegesetzes wird verwiesen auf den gedruckten «Vortrag der Direktion des Fürsorgewesens an den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates betreffend ein Gesetz über das Fürsorgewesen», von Oktober 1960, und auf die «Botschaft des Grossen Rates des Kantons Bern an das Bernervolk» zur Volksabstimmung vom 3. Dezember 1961. Hier sei nur der äussere Aufbau des Gesetzes gestreift. Das Gesetz gliedert sich in fünf Teile. Im ersten Teil werden die Bestimmungen zusammengefasst, denen im Fürsorgewesen allgemeine Geltung zukommt, nämlich die organisatorischen Bestimmungen, einige für alle Fürsorgezweige geltende Grundsätze sowie die Vorschriften betreffend die Rückerstattung von Fürsorgeleistungen, die Lastenverteilung und die Rechtspflege. Der zweite Teil ist der Armenfürsorge gewidmet. Der dritte Teil ersetzt das Gesetz vom 9. Dezember 1956 über die Alters- und Hinterlassenenfürsorge, die das Fürsorgegesetz durch eine Invalidenfürsorge ergänzt. Im vierten Teil des Gesetzes finden sich die Bestimmungen betreffend die übrige Vor- und Fürsorge und im fünften Teil die Anpassungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen. Hieraus erhellt, weshalb der neue Erlass mit Gesetz über das Fürsorgewesen benannt ist. Von den Erlassen, die mit dem Inkrafttreten des Fürsorgegesetzes aufgehoben werden, sei hier nur erwähnt das Gesetz vom 28. November 1897 über das Armen- und Niederlassungswesen mit den spätern Änderungen, das – wie sein Titel besagt, nur *einen* Fürsorgezweig, die Armenpflege, ordnend – während seiner fast 65 Jahre langen Geltungsdauer der Bevölkerung des Kantons gute Dienste geleistet hat.

*b)* Am *20. November 1961* beschloss der Grosse Rat die *Abänderung* von § 1 Absatz 3 und § 8 *des Dekretes vom 20. November 1956 über den Naturschadenfonds.* Nach § 1 Absatz 3 des Dekrets konnten sich bisher bei Naturkatastrophen in andern Kantonen oder in Nachbarländern der Regierungsrat oder der Grosse Rat im Rahmen ihrer Ausgabenbefugnis mit ausserordentlichen Beiträgen aus dem Naturschadenfonds an Hilfsaktionen beteiligen. Die Beschränkung auf Katastrophen in andern Kantonen oder *Nachbar*ländern hatte sich anlässlich der Erdbebenkatastrophen von Agadir (Marokko) und Chile als bedauerlich erwiesen. Aus diesem Grunde wurde die Dekretsvorschrift abgeändert und das Wort «Nachbarländer» durch «andere Länder» ersetzt. Die Abänderung von § 8 wurde veranlasst durch eine vom Grossen Rat in der Septembersession 1961 erheblich erklärte Motion, die Herr Grossrat Wüthrich (Langnau i. E.) am 23. Mai 1961 eingereicht hatte und mit welcher der Regierungsrat ersucht worden war, die Bestimmungen betreffend die Selbstbehalte im Naturschadenfondsdekret den heutigen Verhältnissen anzupassen (vgl. lit. *f* hiernach). Nach § 7 des Dekretes bestimmt jeweils die kantonale Fürsorgekommission, welcher Bruchteil des anrechenbaren, durch ein Naturereignis verursachten unversicherbaren Schadens dem Geschädigten aus dem Fonds vergütet werden soll. Gemäss § 8 ist anrechenbar der Betrag des festgestellten Schadens, vermindert um bestimmte, im Dekret festgesetzte Selbstbehalte. Durch das Abänderungsdekret sind die bisherigen Selbstbehalte

gemildert worden, weil sich gezeigt hatte, dass sie viele Härtefälle schufen, und weil sie den erhöhten Hilfemöglichkeiten des Naturschadenfonds nicht mehr entsprachen.

*c)* Bereits im Vorjahresbericht ist erwähnt worden, dass der Bundesrat das am 25. Mai 1959 von der Konferenz der Konkordatskantone gutgeheissene neue *Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung* auf den 1. Juli 1961 in Kraft gesetzt hat. Das neue Konkordat hätte eine Anzahl hauptsächlich redaktioneller Anpassungen der regierungsrätlichen Verordnung vom 13. März 1951 betreffend die wohnörtliche Unterstützung gemäss Konkordat erfordert. Durch das seither in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1961 angenommene Gesetz über das Fürsorgewesen wird diese Verordnung auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes (1. Juli 1962) aufgehoben, weil sie auch den neuen Vorschriften über die Armenfürsorge angepasst werden muss. Die Fürsorgedirektion hatte deshalb davon abgesehen, dem Regierungsrat für die kurze Zeit des Inkraftbleibens der Verordnung eine Abänderung zu beantragen; sie beschränkte sich darauf, in ihren «Amtlichen Mitteilungen» (Nr. 25/1961, II) die Vorschriften zu nennen, welche infolge des neuen Konkordates nicht mehr gelten oder anders lauten müssen.

*d)* Am *17. März 1961* beschloss der Regierungsrat eine am 1. April 1961 in Kraft getretene *Abänderung von §4 und § 8 der Verordnung vom 6. April 1934 betreffend die staatlichen und die vom Staat subventionierten Erziehungsheime des Kantons Bern.* Die Änderungen, welche nur für die staatlichen Erziehungsheime gelten, bestehen im wesentlichen in der Einführung einer monatlichen Bekleidungsentschädigung, welche der Versorger oder die unterstützungspflichtige Armenbehörde ausser dem Kostgeld zu bezahlen hat, sowie darin, dass die vom eintretenden Kind mitzubringenden Kleidungsstücke nicht mehr in der Verordnung selber verzeichnet sind. Die Bekleidungsentschädigung wurde notwendig im Zusammenhang mit den Beiträgen der Invalidenversicherung.

*e)* Kantonale *Alters- und Hinterlassenenfürsorge* gemäss dem Gesetz vom 9. Dezember 1956. Am 1. Juli 1961 trat die 5. Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung in Kraft. Die Renten sind um durchschnittlich 28,7 % erhöht worden. Infolgedessen wurde der Fehlbetrag zwischen dem anrechenbaren Einkommen der Bezüger von Leistungen der kantonalen Alters- und Hinterlassenenfürsorge und der massgebenden Einkommensgrenze in vielen Fällen kleiner als die bisher gewährte Fürsorgeleistung. Die Fürsorgeleistung darf aber nach den geltenden Vorschriften nicht grösser sein als dieser Fehlbetrag. Um den Vorwurf zu vermeiden, der Kanton und die Gemeinden nehmen den AHV-Rentnern wieder, was der Bund ihnen gegeben habe, teilte die Fürsorgedirektion mit Zustimmung des Regierungsrates mit *Kreisschreiben vom 1. Juni 1961* den Gemeindebehörden für Alters- und Hinterlassenenfürsorge mit, dass sie den Staatsbeitrag nicht verweigern werde, wenn die Gemeindebehörden dort, wo die Einkommensgrenze infolge der Rentenerhöhung um 10 bis 15 % überschritten werde, von einer Herabsetzung oder Einstellung der Fürsorgeleistungen absehen sollten.

*f) Parlamentarische Eingänge.* Das vom Grossen Rat erheblich erklärte Postulat Arni (Bangerten) vom 12. September 1958 betreffend Verzeichnis der bernischen Fürsorgeinstitutionen wurde im Berichtsjahr teilweise ausgeführt, indem der erste Teil des Verzeichnisses, die anstaltlichen Fürsorgeeinrichtungen betreffend, fertig erstellt, gedruckt und an die Interessenten verteilt worden ist. Mit der Erstellung des Verzeichnisses der nichtanstaltlichen Fürsorgeeinrichtungen, in welchem vielfach auf die Fürsorgegesetzgebung zu verweisen sein wird, wurde im Hinblick auf das neue Gesetz über das Fürsorgewesen zugewartet. Nachdem dieses Gesetz in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1961 angenommen worden ist, wird die Fürsorgedirektion auch diesen zweiten Teil des Verzeichnisses ausarbeiten.

Das im Vorjahresbericht erwähnte Postulat Kunz (Ostermundigen) vom 16. November 1960 betreffend Erhöhung des Staatsbeitrages an die neutralen Fürsorgestellen für Alkoholkranke ist vom Grossen Rat in der Februarsession 1961 angenommen worden. Dem Postulat wurde vorläufig in der Weise Rechnung getragen, dass im Staatsvoranschlag für das Jahr 1962 der Kredit für Beiträge an die Bekämpfung des Alkoholismus erhöht worden ist. Ferner ist in dem sich auf das neue Fürsorgegesetz stützenden Dekret vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus, welches auf den 1. Juli 1962 dasjenige vom 24. Februar 1942/14. November 1951 ersetzen wird, der Betrag heraufgesetzt worden, den der Staat alljährlich mindestens zur Unterstützung von Trinkerfürsorgestellen und -heilstätten verwenden muss.

Am 23. Mai 1961 reichte Herr Grossrat Wüthrich (Langnau i. E.) eine Motion betreffend Anpassung der Bestimmungen über die Selbstbehalte im Dekret vom 20. November 1956 über den Naturschadenfonds ein. Die Motion wurde vom Grossen Rat am 26. September 1961 erheblich erklärt, und bereits am 20. November 1961 war sie ausgeführt (vgl. lit. *b* hiervor).

In der Novembersession 1961 nahm der Grosse Rat ein Postulat Fafri vom 13. September 1961 an, mit welchem der Regierungsrat eingeladen worden war, zu veranlassen, dass die Gehälter des Lehrkörpers der staatlichen Anstalten, insbesondere der Erziehungsheime, dem kantonalbernischen Durchschnitt angeglichen werden. Inzwischen ist die Einreihung der Stellen der Anstaltslehrer und -lehrerinnen in dem seit 1. Januar 1962 geltenden Anhang zum Besoldungsdekret verbessert worden.

Mit einer am 27. September 1961 eingereichten Motion ersuchte Herr Grossrat Dübi den Regierungsrat, für das staatliche Knabenerziehungsheim Landorf in Köniz beförderlich eine Turnhalle erstellen zu lassen. Die Motion, für deren Annahme sich die Regierung in dem Sinne ausgesprochen hatte, dass vor der Turnhalle in Landorf diejenige für das Erziehungsheim Oberbipp für schwachbegabte Knaben erstellt werden müsse, wurde vom Grossen Rat in der Novembersession des Berichtsjahres erheblich erklärt.

Eine Interpellation Wyss vom 23. November 1961 betreffend Ausrichtung von Beiträgen aus dem Naturschadenfonds für Schneeschäden in Berggemeinden während der Sommermonate konnte im Berichtsjahr vom Grossen Rat noch nicht behandelt werden.

*g)* Die *Konferenz der kantonalen Fürsorgedirektoren* tagte am 2. und 3. Juni 1961 in Yverdon. Nach Erledigung der statutarischen Geschäfte hörte sie Referate an über den Internationalen Sozialdienst und die Aktion «Die dargebotene Hand».

*h) Kantonale Fürsorgekommission.* An die Stelle des Ende 1960 als Mitglied dieser Kommission zurückgetretenen Herrn Dr. Ed. Baumann, Arzt in Münsingen, dem für seine jahrelange Mitarbeit in der Kommission auch hier gedankt sei, wählte der Regierungsrat zum neuen Kommissionsmitglied Herrn Grossrat Hans Feldmann, Kaufmann in Lützelflüh.

Die kantonale Fürsorgekommission hielt im Oktober des Berichtsjahres unter dem Vorsitz des Direktors des Fürsorgewesens ihre ordentliche Jahressitzung ab. Sie wählte vier neue, von der Fürsorgedirektion im Verlaufe des Jahres bereits provisorisch eingesetzte Kreisfürsorgeinspektoren an Stelle verstorbener oder zurückgetretener. Sodann genehmigte sie den ihr von der Direktion des Fürsorgewesens erstatteten Schlussbericht über die unversicherbaren Naturschäden im Jahre 1960 und beschloss, aus dem kantonalen Naturschadenfonds pro 1961 gemäss Dekret vom 20. November 1956 an die anrechenbaren Schäden einen Beitrag von 40%, an die Frostschäden von Ende Mai 1961 50% ausrichten zu lassen. Die Kommission nahm ferner befürwortend Stellung zu einem ihr unterbreiteten Entwurf betreffend die Abänderung von § 8 des Naturschadenfondsdekretes, den die Fürsorgedirektion auf Grund einer vom Grossen Rat angenommenen Motion Wüthrich (vgl. lit. *f* hiervor) ausgearbeitet hatte, und sie nahm schliesslich, nach einer Orientierung über den Verlauf der Beratung des neuen Fürsorgegesetzes im kantonalen Parlament, die Berichte der Mitglieder über ihre 1961 ausgeführten Anstaltsbesuche entgegen. Endlich pflegte die Kommission eine Aussprache über Massnahmen, die angesichts des vielfachen Versagens in der Erziehung unserer Jugend notwendig und möglich sind.

*i)* Die *kantonale Kommission zur Bekämpfung der Trunksucht* hielt im Berichtsjahr eine Plenarsitzung ab. Ihr Arbeitsausschuss, die Subkommission für wissenschaftliche Fragen und der für die Revision des Dekretes über die Bekämpfung der Trunksucht bestellte Sonderausschuss tagten je einmal. Verschiedene laufende Geschäfte wurden vom Vorsitzenden der Kommission präsidialiter erledigt. Die Plenarsitzung fand in der mittelländischen Verpflegungsanstalt Riggisberg statt, wo die Kommission Gast der Anstaltsleitung war. Es wurde damit die Besichtigung eines Anstaltsteiles verbunden, dessen Insassen vielfach auch alkoholbelastet sind. Auch bot sich dabei Gelegenheit, mit den Behörden und der Trinkerfürsorgestelle der Ämter Seftigen und Schwarzenburg Fühlung zu nehmen. Vgl. im übrigen VI/C hiernach.

*k) Konferenzen der Kreisfürsorgeinspektoren* fanden im Berichtsjahr in Bassecourt, Burgdorf und Utzigen statt. An ihnen referierte der kantonale Fürsorgeinspektor über die fürsorgerischen Bestimmungen des neuen Fürsorgegesetzes. – Bei den Kreisfürsorgeinspektoren traten folgende Wechsel ein:

Kreis 10 W. Huber, Bümpliz bisher,
*Walter Heiniger*, Lehrer, Bümpliz, neu;

Kreis 36 Constant Frésard, Saignelégier, bisher,
*Joseph Petignat*, Lehrer, Les Cerlatez, neu;

Kreis 76 Pfarrer Ed. Oppliger, Gerzensee, bisher,
*Heinrich Brügger*, Lehrer, Mühledorf, neu;

Kreis 99 Hans Kohler, Wasen i. E., bisher,
*Fred Schläppi*, Lehrer, Oberried/Lützelflüh, neu.

*l)* Die von der Direktion des Fürsorgewesens herausgegebenen «*Amtlichen Mitteilungen*» erschienen im Berichtsjahr in vier Nummern mit Kreisschreiben hauptsächlich betreffend Alters- und Hinterlassenenfürsorge (Erhöhung der Bedarfsgrenzen und der Höchstleistungen), Revision des Armen- und Niederlassungsgesetzes, Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung, staatliche Erziehungsheime (Bekleidungsentschädigung und Ausrüstungsbeitrag), Fürsorgevereinbarung mit Deutschland, Mädchenerziehungsheim Viktoria und Etat der dauernd Unterstützten.

### B. Personal

Die Direktion des Fürsorgewesens beschäftigte am Ende des Berichtsjahres 67 Personen, d.h. gleich viel wie am 1. Januar 1961. 1 Beamter trat auf den 31. Dezember zurück, so dass es am 1. Januar 1962 noch 66 Personen waren. Dies bedeutet einen Personalabbau von 11 Einheiten seit dem 1. Januar 1952 (77 Personen).

Auf den 31. Dezember 1961 schied Herr Fürsprecher Dr. Hermann Gilomen aus dem Dienste der Fürsorgedirektion aus, um sein neues Amt als Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Bern anzutreten, zu dem er gewählt worden war. Herr Dr. Gilomen gehörte der Direktion seit 1. Dezember 1951 als Adjunkt der Rechtsabteilung und Amtsvormund an. Dem Zurückgetretenen sei auch an dieser Stelle für seine wertvolle Mitarbeit gedankt.

Die Direktion des Fürsorgewesens hat auf die Wiederbesetzung dieser Adjunktenstelle vorläufig verzichtet und die Obliegenheiten des Adjunkten ihrer Rechtsabteilung versuchsweise auf andere Mitarbeiter aufgeteilt. Es wird sich zeigen, ob die vom neuen Fürsorgegesetz mit der Zeit erwartete Entlastung der Fürsorgedirektion so wesentlich sein wird, dass auf die Besetzung der Adjunktenstelle dauernd verzichtet werden kann.

## II. Örtliche Armenpflege der bernischen Gemeinden

Von der örtlichen Armenpflege der bernischen Gemeinden mussten im Berichtsjahr in 16 206 Fällen Unterstützungen ausgerichtet werden; das sind 588 Unterstützungsfälle weniger als im Vorjahr (16 794). Diese Fälle umfassten 13 247 Einzelpersonen und 2959 Familien mit 8533 Personen, insgesamt somit 21 780 Personen (Vorjahr 25 172). Auf die Armenpflege der dauernd Unterstützten entfielen 6104 Unterstützungsfälle (304 weniger als im Vorjahr) mit 7052 Personen, und auf die Armenpflege der vorübergehend Unterstützten 10 102 Unterstützungsfälle (284 weniger als im Vorjahr) mit 14 728 Personen. Der schon in den Vorjahren festgestellte Rückgang der Unterstützungsfälle hat im Berichtsjahr angehalten. Dies ist ohne Zweifel nebst der nach wie vor guten Wirtschaftslage und den Leistungen

der Alters- und Hinterlassenenfürsorge den Auswirkungen des am 1. Januar 1960 in Kraft getretenen Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung zuzuschreiben.

Die Rohausgaben für die Unterstützungsfälle sind trotz des Rückganges der Fälle gestiegen, und zwar um 1,29%, d.h. um Fr. 240 502.90 auf Fr. 18 867 776.21. Dies ist auf die weiter gestiegenen Lebenshaltungskosten zurückzuführen. Die Reinausgaben für die Unterstützungsfälle jedoch sind dank gestiegener Einnahmen – wie hienach näher ausgeführt – stark zurückgegangen, und zwar um nicht weniger als 22,15%, d.h. um Franken 2 164 737.46 auf Fr. 7 608 771.77. Im Berichtsjahr haben die Einnahmen wie im Vorjahr eine bedeutende Erhöhung erfahren. Sie stiegen um Fr. 2 405 240.36 (27,17%) auf Fr. 11 259 004.44. An die Gemeindearmenpflegen wurden für Unterstützte AHV-Renten im Betrage von Fr. 2 440 469.15 (21,7% der Gesamteinnahmen) und IV-Leistungen (bedeutende Nachzahlungen für das Vorjahr eingerechnet) im Betrage von Franken 3 127 292.65 (27,8%) ausbezahlt. 1,3% der Gesamteinnahmen entfielen auf Burgergutsbeiträge, 4,3% auf Erträge der Gemeindearmengüter und allgemeine Einnahmen, 44,9% dagegen auf Verwandtenbeiträge und Rückerstattungen.

Die reinen Aufwendungen für die Fürsorgeeinrichtungen im Sinne von §§ 44 und 53 Absatz 4 des Armen- und Niederlassungsgesetzes machten insgesamt Franken 7 026 953.81 aus (Vorjahr Fr. 6 617 536.36). Davon entfielen Fr. 6 159 480.28 auf Einrichtungen der Jugend-, Kranken- und Familienfürsorge (9,6% oder Franken 541 941.27 mehr als im Vorjahr) und Fr. 867 473.53 auf die Notstandsbeihilfen (13,3% oder Fr. 132 523.82 weniger als im Vorjahr), die im Berichtsjahr – wie im Vorjahr – in 70 Gemeinden an die minderbemittelte Bevölkerung ausgerichtet worden waren.

Unter Einbezug der Aufwendungen für die verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen stellten sich im Berichtsjahr die Reinausgaben um 10,7% oder Fr. 1 755 320.01 niedriger als im Vorjahr und betrugen Fr. 14 635 725.58.

Auf dem *Etat der dauernd Unterstützten* standen im Jahre 1961 6414 Personen (1505 Kinder und 4909 Erwachsene), d.h. 454 Personen oder 6,61% weniger als im Vorjahr. Der beschleunigte Rückgang dürfte zum Teil auf die Invalidenversicherung zurückzuführen sein, die sich nun auszuwirken beginnt.

*Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung* (vgl. III/B). Die Zahl der Angehörige der Konkordatskantone im Kanton Bern betreffenden Konkordatsfälle mit und ohne Kostenteilung (sogenanntes inwärtiges Konkordat), in denen die Fürsorgedirektion den Verkehr zwischen den bernischen Wohngemeinden und den Heimatkantonen vermittelt und überwacht, sank um 17 auf 1143. Die Gesamtunterstützung beträgt Fr. 1 140 988.64 gegenüber Fr. 1 230 886.45 im Vorjahr. Davon gehen Franken 477 610.84 zu Lasten der bernischen Wohngemeinden (Vorjahr Fr. 533 138.84).

*Fürsorgeabkommen mit Frankreich.* Die bernischen Aufenthaltsgemeinden richteten im Berichtsjahr in 45 Fällen an bedürftige Franzosen eine Gesamtunterstützung von Fr. 47 063.80 aus, wovon Fr. 37 337.34 zu Lasten Frankreichs in 37 Fällen (im Vorjahr Franken 38 531.50 in 39 Fällen).

*Fürsorgevereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland.* Im Jahre 1961 unterstützten die bernischen Aufenthaltsgemeinden deutsche Staatsangehörige in 147 Fällen mit insgesamt Fr. 237 121.60, wovon Franken 197 859.41 in 119 Fällen zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland fielen (im Vorjahr Fr. 213 371.02 in 134 Fällen).

*Etatstreitigkeiten.* Im Berichtsjahr wurden nur noch vier Entscheide der Regierungsstatthalter betreffend die Aufnahme Bedürftiger auf den Etat der dauernd Unterstützten gemäss § 105 des Armen- und Niederlassungsgesetzes an die Fürsorgedirektion weitergezogen (im Vorjahr 11). Das Interesse der Gemeinden an der Durchführung von Etatstreitigkeiten war nicht mehr gross, da der Entwurf für das neue Fürsorgegesetz bei Volk und Behörden gute Aufnahme gefunden hatte und die Gemeinden mit dem baldigen Inkrafttreten des neuen Gesetzes rechnen konnten. In allen vier Fällen wurde der Entscheid des Regierungsstatthalters bestätigt.

Ferner gab eine Rückdatierungsklage Anlass zu einem Kompetenzkonflikt zwischen zwei Regierungsstatthalterämtern, die beide ihre örtliche Zuständigkeit verneinten. Der Regierungsrat hatte gemäss Artikel 14, Absatz 3 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes von 1909 zu entscheiden.

*Verwandtenbeitrags- und Rückerstattungsstreitigkeiten.* Es wurden fünf Entscheide von Regierungsstatthaltern über Verwandtenbeiträge und Rückerstattung von Unterstützungen an den Regierungsrat weitergezogen (im Vorjahr 10). Gemäss dem Antrag der Fürsorgedirektion wurde die Weiterziehung in zwei Fällen teilweise gutgeheissen und in drei Fällen abgewiesen.

## III. Auswärtige Armenpflege des Staates

### A. Allgemeines

Die Zahl der Fälle, in denen die Direktion des Fürsorgewesens im Berichtsjahr für unterstützungsbedürftige Berner im Gebiete des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung und ausserhalb desselben Unterstützungskosten zu bezahlen hatte, betrug 9 707, gegenüber 10 294 im Vorjahr. Diese Fälle umfassten 14 987 Personen (Vorjahr 15 885). In 9 426 Fällen (Vorjahr 10 003) war innerkantonal der Staat Bern (auswärtige Armenpflege) unterstützungspflichtig, in den übrigen waren es bernische Gemeinden.

Die Bruttoausgaben der Fürsorgedirektion beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 10 357 102.27; das sind Fr. 789 367.55 weniger als 1960 (Fr. 11 146 469.82). Von den Gesamtausgaben entfielen Fr. 926 653.45 auf die auswärtige Armenpflege der Gemeinden sowie auf Weiterleitungen (vgl. III/*B*/Absatz 2 hiernach). Die restlichen *Fr. 9 430 448.82* sind die *Rohausgaben der auswärtigen Armenpflege des Staates* (Vorjahr Franken 10 195 341.99); der Minderaufwand gegenüber dem Jahr 1960 macht Fr. 764 893.17 aus.

Von den Einnahmen von insgesamt Fr. 4 264 366.91 (Vorjahr Fr. 3 346 197.97) entfielen *Fr. 3 337 713.46* auf die *auswärtige Armenpflege des Staates*; das sind Fr. 942 643.32 mehr als 1960 (Fr. 2 395 070.14).

Die *Reinausgaben der auswärtigen Armenpflege des Staates* betrugen im Berichtsjahr somit *Fr. 6 092 735.36* oder Fr. 1 707 536.49 weniger als im Vorjahr (Franken 7 800 271.85).

**Rechnungsergebnisse der örtlichen Armenpflege der bernischen Gemeinden für das Jahr 1961**

| | Fälle | Personen | Einnahmen | Ausgaben | Nettoaufwendungen | Vergleich mit Vorjahr 1960 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. |
| I. *Armenpflege der dauernd Unterstützten:* | | | | | | |
| Berner | 5 828 | 6 739 | 5 374 932.53 | 10 296 099.98 | 4 921 167.45 | 6 646 348.50 |
| Nichtberner | 276 | 313 | 338 307.91 | 511 142.41 | 172 834.50 | 252 798.35 |
| Allgemeine Einnahmen: Erträgnisse der Armengüter zugunsten der dauernd Unterstützten | | | 411 780.91 | | — 411 780.91 | — 430 517.90 |
| II. *Armenpflege der vorübergehend Unterstützten:* | | | | | | |
| Berner | 7 635 | 10 747 | 3 442 836.25 | 6 145 788.43 | 2 702 952.18 | 3 088 901.94 |
| Nichtberner | 2 467 | 3 981 | 1 613 923.48 | 1 914 745.39 | 300 821.91 | 296 283.58 |
| Allgemeine Einnahmen: Erträgnisse der Spend- und Krankengüter, Stiftungen, Geschenke und Vergabungen | | | 77 223.36 | | — 77 223.36 | — 80 305.24 |
| | 16 206 | 21 780 | 11 259 004.44 | 18 867 776.21 | 7 608 771.77 | 9 773 509.23 |
| Dazu kommen die Reinaufwendungen für die verschiedenen *Fürsorgeeinrichtungen*, und zwar: | | | | | | |
| Beiträge für Jugendfürsorge | | | | 3 403 221.27 | 7 026 953.81 | 3 062 357.22 |
| Beiträge für Kranken- und Familienfürsorge, Speiseanstalten und Diverse | | | | 2 756 259.01 | | 2 555 181.79 |
| Beiträge für Notstandsfürsorge | | | | 867 473.53 | | 999 997.35 |
| *Reinausgaben der Einwohner- und gemischten Gemeinden* (an welche der Staat im folgenden Rechnungsjahr seinen Beitrag gemäss §§ 38–43, 53 und 77 A.- u. N. G. ausrichtet) | | | 14 635 725.58 | | 14 635 725.58 | 16 391 045.59 |
| *Bilanz* | | | 25 894 730.02 | 25 894 730.02 | | |

| Vergleich mit Jahr | Anzahl Unterstützungsfälle | Personen | Gesamtausgaben | Einnahmen | Reinausgaben | Lastenverteilung Gemeinden | Lastenverteilung Staat | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. | % |
| 1961 | 16 206 | 21 780 | 25 894 730.02 | 11 259 004.44 | 14 635 725.58 | [1]) | [1]) | [1]) |
| 1960 | 16 794 | 25 172 | 25 244 809.67 | 8 853 764.08 | 16 391 045.59 | 7 999 132 | 8 391 914 | 51,2 |
| 1959 | 17 353 | 26 675 | 24 849 595.15 | 7 170 866.41 | 17 678 728.74 | 8 524 772 | 9 153 956 | 51,8 |
| 1958 | 17 926 | 27 264 | 24 298 428.20 | 7 361 971.27 | 16 936 456.93 | 8 442 432 | 8 494 024 | 50,2 |
| 1957 | 18 723 | 28 650 | 23 697 494.04 | 7 618 031.33 | 16 079 462.71 | 7 763 883 | 8 315 578 | 51,7 |
| 1956 | 19 571 | 30 177 | 23 382 881.84 | 7 124 901.01 | 16 257 980.83 | 7 812 345 | 8 445 635 | 51,9 |
| 1955 | 20 348 | 31 025 | 22 318 308.30 | 6 903 012.81 | 15 415 295.49 | 7 320 891 | 8 094 404 | 52,5 |
| 1954 | 20 496 | 31 784 | 21 422 250.37 | 6 705 258.27 | 14 716 992.10 | 7 016 822 | 7 700 170 | 52,3 |
| 1953 | 20 822 | 32 878 | 18 781 580.27 | 5 990 690.82 | 12 790 889.45 | 5 977 595 | 6 813 294 | 53,2 |
| 1952 | 21 199 | 33 572 | 17 880 730.34 | 5 633 694.20 | 12 247 036.14 | 5 724 123 | 6 522 913 | 53,3 |

[1]) Kann erst nach Fertigstellung der endgültigen Abrechnungen zwischen Staat und Gemeinden ermittelt werden.

Bei den Ausgaben wurde der Budgetkredit von total Fr. 11 800 000.— (Konten 2500 750 und 751) um Franken 1 442 897 73 unterschritten, während an Einnahmen Fr. 1 044 366.91 mehr als budgetiert (gemäss Konten 2500 320 und 321 insgesamt Fr. 3 220 000.—) erzielt werden konnten. Die Gesamtverbesserung gegenüber dem Staatsvoranschlag 1961 beträgt demnach Franken 2 487 264.64 (1960: Gesamtverbesserung Fr. 519 728.15).

Die Erklärung für die gegenüber dem Vorjahr rund 1,7 Millionen Franken betragende Minderung der Reinausgaben des Staates für seine auswärtige Armenpflege ist zur Hauptsache zu suchen einmal in den Leistungen der eidgenössischen Invalidenversicherung, in welchen bedeutende, erst im Berichtsjahr erfolgte Renten-Nachzahlungen für das Jahr 1960 inbegriffen sind, sodann in der am 1. Juli 1961 wirksam gewordenen Erhöhung der AHV-Renten (5. Revision des AHVG). Der Rückgang der Zahl der Unterstützungsfälle im Berichtsjahr dürfte für den Minderaufwand nicht so sehr ins Gewicht gefallen sein, sind doch andererseits 1961 die sich natürlich auch auf die Unterstützungshöhe auswirkenden Lebenshaltungskosten gemessen an denjenigen des Vorjahres um 3,4 Punkte gestiegen (Jahresdurchschnitt des Landesindexes der Konsumentenpreise 1961 = 186,7; 1960 = 183,3). Der Umstand, dass zur Zeit der Aufstellung des Staatsvoranschlages 1961 das Ausmass der Leistungen der Invalidenversicherung, die nur ganz grob geschätzt wurden, noch unbekannt war, erklärt, weshalb die Budgetierung der Ausgaben und Einnahmen nicht genauer erfolgen konnte.

Der Adjunkt der Rechtsabteilung der Fürsorgedirektion führte als *Amtsvormund* im Berichtsjahr 43 Vormundschaften und Beistandschaften über Klienten der auswärtigen Armenpflege des Staates (Vorjahr 36); davon 37 über Kinder und Jugendliche. Bis zum Jahresende konnten 6 Vormundschaften und Beistandschaften aufgehoben werden. Es wurden 6 Vaterschaftssachen behandelt; eine wurde durch obsiegendes Urteil erledigt, 2 durch gerichtlichen und eine durch aussergerichtlichen Vergleich. In 2 Fällen sind noch die Vaterschaftsprozesse hängig.

In der *Fürsorgeabteilung* der Direktion des Fürsorgewesens, die sich mit andern Abteilungen der Direktion der Kinder, der Jugendlichen und der besonders betreuungsbedürftigen Frauen der auswärtigen Armenpflege des Staates annimmt, war auch im Berichtsjahr die gesamte Fürsorgearbeit darauf gerichtet, für die Zukunft eine möglichst gute Entwicklung jedes einzelnen Fürsorgefalles zu erwirken. Dies bedingt eine sorgfältige Betreuung und Erziehung der jungen Leute. Dazu ist in sehr vielen Fällen die Ausschaltung des Einflusses verantwortungsloser, unfähiger und unsteter Eltern erforderlich. Es muss daher in manchen Fällen die Mithilfe der zuständigen Vormundschaftsbehörde nachgesucht und dieser Antrag auf Wegnahme und Versorgung der Kinder oder auf Entzug der elterlichen Gewalt gestellt werden. Handelt es sich um Eltern, die ihren Wohnort häufig wechseln, so bedarf es manchmal sehr grosser Anstrengungen, um zu diesem Ziel zu gelangen. Es gibt aber auch Eltern, die selber in ihren Schwierigkeiten Rat suchen und denen man behilflich sein kann. Die Zusammenarbeit mit Erziehungsberatung, Lehrerschaft und schulpsychiatrischem Dienst ergibt jeweilen die im Einzelfall zweckmässigste Lösung. Als Ursache von Erziehungsschwierigkeiten sind zu nennen Uneinigkeit und Gleichgültigkeit der Eltern, Bevorzugung einzelner Geschwister, Überforderung des Kindes in der Familie oder durch die Schule. In einzelnen Fällen können Schwierigkeiten Ausfluss gewisser Krankheiten sein, so dass in jedem Falle wohl zu überlegen ist, wie die Abklärung gelenkt werden muss. – Die Nachfrage nach Adoptiv- und Pflegekindern ist fortgesetzt gross. Unter den Schützlingen der auswärtigen Armenpflege des Staates ist jedoch der Prozentsatz der Kinder, die für eine Adoption in Frage kommen, gering. Die Abstammung aus Familien mit schwerer Belastung verbietet solche Plazierungen, da mit viel zu grossen Schwierigkeiten gerechnet werden muss. Dem Entscheid über die Art der Plazierung muss ein sorgfältiges Abwägen der verschiedenen Gesichtspunkte vorangehen, damit möglichst wenig Umplazierungen vorgenommen werden müssen. Versuchsweise Plazierungen, die nicht genügend begründet sind, sind zu unterlassen, da solche Versuche sich zum Schaden der Kinder auswirken können und für die Pflegeeltern eine zu grosse Zumutung darstellen. – In vermehrtem Masse kam im Berichtsjahr die Tatsache zum Ausdruck, dass Lehrmeister und Lehrmeisterinnen immer weniger bereit sind, junge Leute während der Ausbildung an Kost und Logis zu nehmen. Vor wenigen Jahren durften wir noch erklären, dass bei rechtzeitiger und sorgfältiger Vorbereitung genügend geeignete Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden können. Dies trifft heutzutage leider immer weniger zu. Es wird auf längere Sicht unbedingt nötig werden, halboffene Heime sowohl für Töchter wie für Jünglinge zu schaffen, damit diese von dort aus ihre Lehre absolvieren können. Für die jungen Menschen ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass sie in der Freizeit betreut werden und Anleitung erhalten, damit sie auch mit dem freien Wochenende etwas Vernünftiges anzufangen wissen. Wenn die Lehrmeister insbesondere über das Wochenende sich ihrer Schutzbefohlenen nicht mehr annehmen wollen, da sie nicht gebunden sein möchten, wird schliesslich die Öffentlichkeit für entsprechende Institutionen sorgen müssen. Diese Entwicklung ist bedauerlich, aber infolge der neu eingetretenen Umstände nicht aufzuhalten. – Die Fürsorgeabteilung wird immer mehr von Gemeindebehörden um Rat angegangen, wenn bei Schulkindern und Jugendlichen grössere Erziehungsschwierigkeiten auftreten. Dabei muss festgestellt werden, dass manche Instanzen einzelne Massnahmen als Versuch durchführen und etwas anderes versuchen, wenn sich das gewünschte Resultat nicht einstellt. Dass auf diese Art viel zu viel Fehlschläge in Kauf genommen werden müssen, ist selbstverständlich. Die öffentliche Jugendfürsorge hat die Aufgabe, die Jugend vor Fehlschlägen zu bewahren, und deshalb ist es wichtig, dass eine gründliche Abklärung der Schwierigkeiten erfolgt und dann Massnahmen ergriffen werden, die der Situation angepasst sind. Manche Amtsstellen versuchen immer wieder die Einweisung eines Kindes in ein Erziehungsheim zu vermeiden, auch dann, wenn die genauere Prüfung ergibt, dass einer Pflegefamilie die zu erwartenden Schwierigkeiten gar nicht zugemutet werden können. Schliesslich wird die Heimeinweisung doch unvermeidlich, aber sie erfolgt so spät – im letzten oder vorletzten Schuljahr – dass man einen Erfolg durch die erzieherischen Anstrengungen im Heim kaum mehr erwarten darf. Ein solches Vorgehen ist gegenüber der anvertrauten Jugend wenig verantwortungsbewusst.

*Inspektion in der auswärtigen Armenpflege des Staates.* Im Berichtsjahr wurde in 1813 Fällen eine Nachschau vorgenommen, mit dem gleichen Ergebnis wie schon seit vielen Jahren. Eine gründliche Prüfung des einzelnen Unterstützungsfalles an Ort und Stelle erlaubt die Festsetzung der angepassten Hilfe. In einer grossen Zahl von Fällen wurde die verlangte Hilfe abgelehnt oder in geringerem Umfange bewilligt, ohne dass sich daraus Schwierigkeiten ergeben hätten.

### B. Im Gebiete des Konkordats über die wohnörtliche Unterstützung

Die Zahl der Unterstützungsfälle von Bernern in Konkordatskantonen – inbegriffen 392 Kantons-Doppelbürgerfälle – ging im Berichtsjahr um 125 auf 5029 zurück. Die Unterstützungsfälle setzen sich zusammen aus 3892 Einzelpersonen und 1137 Familien mit 4861 Personen. Somit wurden im Berichtsjahr im Gebiete des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung in 5029 Fällen 8753 bernische Kantonsbürger mit heimatlicher Kostenbeteiligung unterstützt. In 275 Fällen waren innerkantonal bernische Gemeinden unterstützungspflichtig, in den übrigen 4754 (Vorjahr 4874) war es der Staat (auswärtige Armenpflege).

Die im Jahre 1961 für Berner in Konkordatskantonen ausgerichteten Unterstützungen machten den Betrag von Fr. 4 599 884.— aus (Vorjahr Fr. 5 419 548.—). Davon entfielen Fr. 3 048 379.30 oder 66% auf den Kanton Bern (Vorjahr Fr. 3 476 789.20 oder 64%) und wurden von der Direktion des Fürsorgewesens bezahlt, und zwar Fr. 154 764.— zu Lasten bernischer Gemeinden und *Fr. 2 893 615.30 zu Lasten der auswärtigen Armenpflege des Staates* (Vorjahr Fr. 3 314 744.50). Den Rückgang der Unterstützungskosten gegenüber dem Vorjahr wird man in erster Linie den Leistungen der eidgenössischen Invalidenversicherung zuschreiben dürfen, namentlich auch den im Berichtsjahr rückwirkend für 1960 ausbezahlten. Zu den dem Kanton Bern auffallenden Unterstützungskosten von Fr. 3 048 379.30 kommen an Ausgaben noch Fr. 766 879.80 hinzu (zur Hauptsache Weiterleitung der den Wohnkantonen und den innerkantonal unterstützungspflichtigen bernischen Gemeinden zukommenden Betreffnisse der Verwandtenbeiträge, Unterhaltsbeiträge und Rückerstattungen an Unterstützungen für Berner in Konkordatskantonen sowie Weiterleitung der von den Heimatkantonen zu tragenden Anteile an den Kosten der Unterstützungen, welche die bernischen Wohngemeinden für Angehörige der Konkordatskantone im Kanton Bern ausrichteten [sogenanntes inwärtiges Konkordat; vgl. unter Abschnitt II, Örtliche Armenpflege der bernischen Gemeinden]). Die Gesamtausgaben der Fürsorgedirektion im Gebiete des Unterstützungskonkordates beliefen sich 1961 auf brutto Fr. 3 815 259.10 (Vorjahr Franken 4 257 648.33). Gegenüber dem Budgetkredit von Franken 4 900 000.— ergeben sich Minderausgaben von Fr. 1 084 740.90.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Berichtsjahr brutto Fr. 1 404 353.66 (Vorjahr Fr. 1 385 153.76). Diese Einnahmen setzten sich hauptsächlich zusammen: im auswärtigen Konkordat (Angehörige des Kantons Bern in den Konkordatskantonen) aus den Vergütungen der innerkantonal unterstützungspflichtigen bernischen Gemeinden und den dem Kanton Bern zukommenden Betreffnissen der Verwandtenbeiträge, Unterhaltsbeiträge und Rückerstattungen an für Berner in Konkordatskantonen ausgerichtete Unterstützungen; im inwärtigen Konkordat aus den Kostenanteilen der Heimatkantone für die von den bernischen Gemeinden an Angehörige von Konkordatskantonen im Kanton Bern ausgerichteten Unterstützungen. Von den Bruttoeinnahmen entfielen auf die *auswärtige Armenpflege des Staates Fr. 482 709.86* (Vorjahr Fr. 442 249.93).

Das Budget, welches Fr. 1 460 000.— Einnahmen im Gebiete des Unterstützungskonkordates vorsah, wurde im Berichtsjahr um Fr. 55 646.34 unterschritten.

Bei Minderausgaben von Fr. 1 084 740.90 und Mindereinnahmen von Fr. 55 646.34 beträgt die Gesamtverbesserung gegenüber dem Staatsvoranschlag 1961 netto Fr. 1 029 094.56.

Die *Reinausgaben der auswärtigen Armenpflege des Staates* im Gebiete des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung machten im Berichtsjahr den Betrag von *Fr. 2 410 905.44* aus; das sind Fr. 461 589.13 weniger als im Jahre 1960 (Fr. 2 872 494.57).

### C. Ausserhalb des Konkordatsgebietes

#### *1. Allgemeines*

In 4678 Unterstützungsfällen mit 6234 Personen (Vorjahr 5140 Fälle mit 7149 Personen) von Bernern in Nichtkonkordatskantonen und im Ausland sowie von heimgekehrten Bernern wurden im Berichtsjahr brutto Franken 6 541 843.17 verausgabt, demnach Fr. 346 978.32 (5,03%) weniger als im Vorjahr; der Voranschlag (Fr. 6 900 000.—) ist um Fr. 358 156.83 unterschritten worden. Von diesen Rohaufwendungen entfielen auf die *auswärtige Armenpflege des Staates Fr. 6 536 833.52* (Vorjahr Fr. 6 880 597.49), der Rest mit Fr. 5009.65 auf die auswärtige Armenpflege der Gemeinden, die in 6 Fällen mit 6 Personen unterstützungspflichtig waren. Die auswärtige Armenpflege des Staates war somit in 4672 Fällen mit 6228 Personen zuständig (Vorjahr 5129 Fälle mit 7138 Personen).

Im Berichtsjahr sind an Einnahmen – ohne Vermittlungsfälle mit Fr. 185 151.45 – brutto Fr. 2 860 013.25 zu verzeichnen, somit Fr. 898 969.04 (45,8%) mehr als im Vorjahr; der Voranschlag (Fr. 1 760 000.—) ist um Fr. 1 100 013.25 übertroffen worden. Die Einnahmen der *auswärtigen Armenpflege des Staates* betrugen Franken *2 855 003.60* (Vorjahr Fr. 1 952 820.21).

Die *Reinausgaben der auswärtigen Armenpflege des Staates* ausserhalb des Konkordatsgebietes betrugen im Berichtsjahr *Fr. 3 681 829.92*, demnach Fr. 1 245 947.36 (25,3%) weniger als im Vorjahr (Fr. 4 927 777.28).

#### *2. Berner in Nichtkonkordatskantonen*

Die Ausgaben für Berner in Nichtkonkordatskantonen gingen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr zurück, und zwar von Fr. 1 994 475.— um Fr. 248 527.— (12,4%) auf Fr. 1 745 948.—; das Teilbudget ist um Fr. 324 052.— nicht erreicht worden. In allen Kantonen – mit Ausnahme des Kantons Wallis – sind Minderausgaben festzustellen, verhältnismässig besonders in den Kantonen Appenzell A.-Rh. (28,1%), Glarus (26,3%), Thurgau (16,7%), Waadt (13,7%), Genf (10,8%) und Freiburg (9,8%); im Kanton Waadt betrugen die Minderkosten Fr. 125 366.—, im Kanton Genf Fr. 81 221.—.

**Zusammenstellung der Unterstützungskosten für Berner in Konkordatskantonen im Jahre 1961**

| Kantone | Anzahl Unterstützungsfälle | Anzahl der unterstützten Personen | Total Unterstützungen | Anteil der Wohnkantone | | Anteil des Kantons Bern | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | Staat | | Gemeinden | | Total | |
| | | | Fr. | Fr. | % | Fr. | % | Fr. | % | Fr. | % |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| Aargau | 403 | 827 | 313 263 | 101 110 | 32 | 199 148 | 94 | 13 005 | 6 | 212 153 | 68 |
| Appenzell I.-Rh. | 2 | 2 | 2 560 | 929 | 36 | 1 631 | 100 | — | — | 1 631 | 64 |
| Baselstadt | 567 | 842 | 505 912 | 119 622 | 24 | 355 384 | 92 | 30 906 | 8 | 386 290 | 76 |
| Baselland | 275 | 480 | 278 117 | 79 612 | 29 | 188 717 | 95 | 9 788 | 5 | 198 505 | 71 |
| Graubünden | 40 | 74 | 43 509 | 7 686 | 18 | 31 551 | 88 | 4 272 | 12 | 35 823 | 82 |
| Luzern | 382 | 802 | 352 889 | 121 503 | 35 | 214 769 | 93 | 16 617 | 7 | 231 386 | 65 |
| Neuenburg | 1 165 | 1 657 | 1 146 026 | 443 013 | 39 | 676 993 | 96 | 26 020 | 4 | 703 013 | 61 |
| Nidwalden | 6 | 15 | 5 675 | 1 760 | 31 | 3 915 | 100 | — | — | 3 915 | 69 |
| Obwalden | 8 | 31 | 8 266 | 3 905 | 47 | 4 361 | 100 | — | — | 4 361 | 53 |
| St. Gallen | 196 | 365 | 154 334 | 48 411 | 31 | 101 954 | 96 | 3 969 | 4 | 105 923 | 69 |
| Schaffhausen | 100 | 193 | 56 098 | 23 714 | 42 | 30 292 | 94 | 2 092 | 6 | 32 384 | 58 |
| Schwyz | 19 | 49 | 16 011 | 5 998 | 38 | 10 013 | 100 | — | — | 10 013 | 62 |
| Solothurn | 553 | 1 007 | 595 195 | 267 362 | 45 | 317 792 | 97 | 10 041 | 3 | 327 833 | 55 |
| Tessin | 66 | 98 | 51 657 | 15 555 | 30 | 28 553 | 79 | 7 549 | 21 | 36 102 | 70 |
| Uri | 5 | 13 | 4 357 | 772 | 18 | 3 585 | 100 | — | — | 3 585 | 82 |
| Zürich | 1 242 | 2 298 | 1 066 015 | 310 553 | 29 | 724 957 | 96 | 30 505 | 4 | 755 462 | 71 |
| Total | 5 029 | 8 753 | 4 599 884 | 1 551 505 | 34 | 2 893 615 | 95 | 154 764 | 5 | 3 048 379 | 66 |
| Vergleichsjahre | | | | | | | | | | | |
| 1960 | 5154 | 8 736 | 5 419 548 | 1 942 759 | 36 | 3 314 744 | 95 | 162 045 | 5 | 3 476 789 | 64 |
| 1959 | 5358 | 10 332 | 5 904 855 | 2 125 475 | 36 | 3 569 573 | 94 | 209 807 | 6 | 3 779 380 | 64 |
| 1958 | 5394 | 9 938 | 5 423 952 | 1 989 583 | 37 | 3 222 307 | 94 | 212 062 | 6 | 3 434 369 | 63 |
| 1957 | 5571 | 10 293 | 5 246 255 | 1 936 340 | 37 | 3 106 335 | 94 | 203 580 | 6 | 3 309 915 | 63 |
| 1956 | 5586 | 10 285 | 5 086 195 | 1 884 494 | 37 | 2 979 613 | 93 | 222 088 | 7 | 3 201 701 | 63 |
| 1955 | 5503 | 10 435 | 4 786 149 | 1 757 261 | 37 | 2 820 544 | 93 | 208 344 | 7 | 3 028 888 | 63 |
| 1954 | 5409 | 10 257 | 4 570 836 | 1 672 428 | 37 | 2 689 770 | 93 | 208 638 | 7 | 2 898 408 | 63 |

Im Kanton Wallis mussten Fr. 5119.— (31,9%) mehr ausgegeben werden als im Vorjahr.

Der recht erhebliche Rückgang der Ausgaben ist in erster Linie auf die direkten Leistungen der eidgenössischen Invalidenversicherung zurückzuführen, auf die Erhöhung der Alters- und Hinterlassenenrenten ab 1. Juli 1961, auf Zusatzleistungen im Kanton Genf, welche die wohnörtlichen Behörden auf eigene Rechnung getragen haben sowie auf die Schaffung neuer Doppelbürgerfälle im Kanton Waadt. Dass die Hochkonjunktur und ihre günstigen Folgen auf das Ergebnis merklich eingewirkt haben, ist offensichtlich; dazu kommt, dass – entgegen den Erwartungen – die Kosten in Spitälern und Heimen nur unwesentliche Erhöhungen erfahren haben.

### *3. Berner im Ausland*

Für bernische Bürger im Ausland sind im Berichtsjahr Fr. 120 245.— ausgegeben worden, Fr. 9481.— (7,3%) weniger als im Vorjahr; das Teilbudget ist um Franken 34 755.— unterschritten worden.

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass sich auch im Ausland die Verhältnisse stabilisiert haben. Aufmerksam zu machen ist auf den Umstand, dass im Berichtsjahr aus Übersee einige kostspielige Heimschaffungen finanziert werden mussten, da die betroffenen Personen in ihren Wohnstaaten unmöglich ihrem traurigen Schicksal überlassen werden durften.

### *4. Heimgekehrte Berner*

Gegenüber dem Vorjahr ist bei Gesamtaufwendungen von Fr. 4 675 650.17 ein Rückgang um Fr. 88 970.32 (1,8%) zu verzeichnen; da der Rückgang der Ausgaben 1960 gegenüber 1959 total 0,15% betrug, hat er sich 1961 gegenüber 1960 verzwölffacht, dank vor allem der eidgenössischen Invalidenversicherung, der Erhöhung der Alters- und Hinterlassenenrenten (5. Revision, ab 1. Juli 1961), der Leistungen der Altersfürsorge und der anhaltend glänzenden wirtschaftlichen Lage im allgemeinen. Die Erhöhung der Mietzinse in Altwohnungen sowie die ab 1. Januar 1962 in Kraft tretenden erheblichen Kostenerhöhungen in den bernischen Heil- und Pflegeanstalten sowie die Steigerung der Lebenshaltungskosten überhaupt werden sich im kommenden Jahr recht fühlbar auswirken.

Was im Verwaltungsbericht des Vorjahres hinsichtlich der Anordnung vormundschaftlicher Massnahmen und der Mühe, geeignete Vormünder zu finden, ausgeführt worden ist, soll hier als wiederholt gelten.

## D. Rückerstattungen und Renten

### *1. Rückerstattungen ausserhalb des Konkordatsgebietes*

Im Berichtsjahr sind an Einnahmen Fr. 2 860 013.25 zu verzeichnen; in den sogenannten Vermittlungsfällen wurden zusätzlich noch Fr. 185 151.45 eingenommen und an berechtigte Dritte wieder ausbezahlt. Gegenüber dem Vorjahr konnten die Einnahmen – ohne Vermittlungsfälle – um Fr. 898 969.04 (45,8%) gesteigert werden, vor allem dank erheblicher Mehreingänge an Renten der eidgenössischen Invalidenversicherung (Mehreinnahmen Fr. 935 141.06), total Fr. 1 453 673.01, was gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um 180,3% bedeutet. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass in diesem ausserordentlichen Ergebnis in beträcht-

**Unterstützungsauslagen für Berner im Nichtkonkordatsgebiet**

| | Fälle 1960 | Personen 1960 | Wirkliche Gesamtausgaben 1960 | Fälle 1961 | Personen 1961 | Ausgaben 1961 ohne trans. Passiven | Transitorische Passiven 1962 für 1961 | Geschätzte Gesamtausgaben 1961 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Fr. | | | Fr. | Fr. | Fr. |
| *Berner in Nichtkonkordatskantonen* | | | | | | | | |
| Appenzell A.-Rh. | 21 | 42 | 23 128.— | 22 | 39 | 16 459.— | 1 934.— | 18 393.— |
| Freiburg | 180 | 380 | 135 469.— | 114 | 250 | 107 338.— | 12 637.— | 119 975.— |
| Genf | 800 | 1072 | 730 864.— | 735 | 957 | 595 526.— | 70 298.— | 665 824.— |
| Glarus | 12 | 33 | 10 259.— | 9 | 31 | 6 848.— | 829.— | 7 677.— |
| Thurgau | 140 | 350 | 130 781.— | 117 | 269 | 99 538.— | 11 739.— | 111 277.— |
| Waadt | 862 | 1287 | 925 620.— | 811 | 1157 | 704 375.— | 83 142.— | 787 517.— |
| Wallis | 22 | 55 | 20 196.— | 15 | 47 | 18 917.— | 2 210.— | 21 127.— |
| Zug | 24 | 55 | 14 449.— | 12 | 31 | 12 639.— | 1 519.— | 14 158.— |
| | 2061 | 3274 | 1 990 766.— | 1835 | 2781 | 1 561 640.— | 184 308.— | 1 745 948.— |
| *Berner im Ausland* | | | | | | | | |
| Deutschland | 50 | 82 | 51 549.— | 42 | 71 | 41 483.— | 4 834.— | 46 317.— |
| Frankreich | 177 | 241 | 127 656.— | 145 | 190 | 29 548.— | 3 453.— | 33 001.— |
| Italien | 3 | 3 | 2 425.— | 6 | 6 | 1 632.— | 207.— | 1 839.— |
| Übriges Ausland | 40 | 56 | 37 553.— | 40 | 72 | 34 945.— | 4 143.— | 39 088.— |
| | 270 | 382 | 219 183.— | 233 | 339 | 107 608.— | 12 637.— | 120 245.— |
| *Heimgekehrte Berner* | 2809 | 3493 | 4 743 159.— | 2610 | 3114 | 4 182 046.17 | 493 604.— | 4 675 650.17 |
| *Zusammenzug* | | | | | | | | |
| Berner in Nichtkonkordatskantonen | 2061 | 3274 | 1 990 766.— | 1835 | 2781 | 1 561 640.— | 184 308.— | 1 745 948.— |
| Berner im Ausland | 270 | 382 | 219 183.— | 233 | 339 | 107 608.— | 12 637.— | 120 245.— |
| Heimgekehrte Berner | 2809 | 3493 | 4 743 159.— | 2610 | 3114 | 4 182 046.17 | 493 604.— | 4 675 650.17 |
| Total | 5140 | 7149 | 6 953 108.— | 4678 | 6234 | 5 851 294.17 | 690 549.— | 6 541 843.17 |

lichem Masse Rentennachzahlungen enthalten sind, die sich nicht wiederholen werden. Der Voranschlag ist insgesamt um Fr. 1 100 013.25 übertroffen worden.

Bei den eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenrenten sowie den Ausland-Altersrenten sind total Franken 36 366.79 mehr vereinnahmt worden als im Vorjahr, demnach gesamthaft Fr. 687 316.30.

An Verwandten- und Unterhaltsbeiträgen sowie an Rückerstattungen ist eine Totaleinnahme von Franken 683 741.44 festzustellen, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückschlag von Fr. 40 264.03 (5,5 %) darstellt; die rückläufige Tendenz hat sich demnach gegenüber dem Vorjahr verschärft. An Verwandtenbeiträgen sind 7,5 %, an Unterhaltsbeiträgen 0,3 % und an Rückerstattungen 8,1 % weniger als im Vorjahr eingegangen.

### 2. *Rückerstattungen im Konkordatsgebiet*

Die Einnahmen betrugen Fr. 510 962.11, demnach Fr. 40 923.58 (8,7 %) mehr als im Vorjahr, in welchem gegenüber 1959 eine Mehreinnahme von 28,8 % zu verzeichnen gewesen war. An Verwandten- und Unterhaltsbeiträgen sowie an Rückerstattungen sind im Berichtsjahr Fr. 231 264.81 eingegangen, demnach Fr. 37 761.39 (14%) weniger als im Vorjahr, in welchem gegenüber 1959 noch ein Mehreingang von 21,7 % festzustellen gewesen war; am erheblichsten war im Berichtsjahr der Rückgang an Rückerstattungen (61,7 %), während die Verwandtenbeiträge nur unwesentlich abgenommen und die Unterhaltsbeiträge eine Zunahme um 3,6 % erfahren haben. Die Einnahmen aus Leistungen der eidgenössischen Invalidenversicherung haben sich im Berichtsjahr mehr als verdoppelt. Die bernischen Anteile an durch die Wohnkantone erzielten Einnahmen sind um Franken 57 919.82 (34,1 %) gestiegen; ab Verwaltungsbericht des nächsten Jahres wird dieser Sammelbetrag unter die zutreffenden Einnahmequellen im Konkordatsgebiet aufgeteilt werden.

### 3. *Renten*

#### *a) Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenrenten sowie Ausland-Altersrenten*

An die Fürsorgedirektion sind im Berichtsjahr inner- und ausserhalb des Konkordatsgebietes total Franken 701 376.80 ausbezahlt worden, d.h. Fr. 37 211.59 mehr als im Vorjahr, vor allem wegen der Rentenerhöhungen ab 1. Juli 1961, anlässlich der 5. Revision der Versicherungsordnung, wodurch die im Vorjahr festgestellten Mindereinnahmen infolge Rückgangs der ausserordentlichen Renten – der sich im Berichtsjahr fortgesetzt hat – mehr als aufgewogen werden konnten. Zum genannten Totalbetrag sind noch Fr. 44 301.95 zu rechnen, die in den Vermittlungsfällen vereinnahmt und an die berechtigten Dritten wieder ausbezahlt worden sind.

#### *b) Eidgenössische Invalidenrenten*

Die direkten Einnahmen an Invalidenrenten für anstaltsversorgte Invalide, denen gegenüber der Staat unterstützungspflichtig war, betrugen im Berichtsjahr inner- und ausserhalb des Konkordatsgebietes total Fr. 1 491 543.11, demnach Fr. 955 061.41 mehr als im Vorjahr. Diese beträchtliche Mehreinnahme ist nicht

**Rückerstattungen**

| | Ausserhalb Konkordatsgebiet 1961 | Konkordatsgebiet 1961 | Zusammen | |
|---|---|---|---|---|
| | | | 1961 | 1960 |
| | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. |
| Verwandtenbeiträge | 200 616.25 | 45 137.60 | 245 753.85 | 264 270.23 |
| Unterhaltsbeiträge | 220 527.67 | 160 500.61 | 381 028.28 | 375 993.92 |
| Rückerstattungen von Unterstützten, Beiträge von sozialen Institutionen (Krankenkassen, Versicherungskassen, Lohn- und Familienausgleichskassen usw.) | 262 597.52 | 25 626.60 | 288 224.12 | 352 767.52 |
| Erziehungskostenbeiträge | 7 262.10 | — | 7 262.10 | 13 584.10 |
| Alters- und Hinterlassenenrenten: | | | | |
| Eidgenössische ausserordentliche und ordentliche Renten | 677 773.30 | 14 060.50 | 691 833.80 | 650 396.05 |
| Ausland-Altersrenten | 9 543.— | — | 9 543.— | 13 769.16 |
| Leistungen der Alters- und Hinterlassenenfürsorge | — | — | — | 7 603.95 |
| Eidgenössische Invalidenrenten | 1 453 673.01 | 37 870.10 | 1 491 543.11 | 536 481.70 |
| Bundesbeiträge an Unterstützungen für wiedereingebürgerte ehemalige Schweizerinnen und Eingebürgerte | 6 593.45 | — | 6 593.45 | 11 900.80 |
| Rückzahlungen anderer pflichtiger Instanzen | 21 426.95 | — | 21 426.95 | 34 468.43 |
| Bernischer Anteil an durch die Wohnkantone erzielten Einnahmen | — | 227 766.70 | 227 766.70 | 169 846.88 |
| Total | 2 860 013.25 | 510 962.11 | 3 370 975.36 | 2 431 082.74 |

nur auf die Erhöhung der Renten ab 1. Juli 1961 zurückzuführen, sondern vor allem auf Rentennachzahlungen, die sich in diesem Ausmass in den kommenden Jahren nicht wiederholen werden. Zusätzlich zum erwähnten Betrag sind noch Fr. 60 274.90 eingegangen, die in den sogenannten Vermittlungsfällen an die berechtigten Drittpersonen wieder ausbezahlt werden mussten.

## IV. Anstalten

Die Aufgabe der *Erziehungsheime* hat sich nicht gewandelt, aber sie wird jedes Jahr zusehends schwieriger. Die Eltern, deren Kinder aufgenommen werden müssen, sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen, und mancher zuständigen Behörde kann man den Vorwurf nicht ersparen, in unglaublicher Langmut ein notwendiges Einschreiten so lange hinauszuzögern, dass schliesslich keine Zeit mehr bleibt, um die Erziehungsfehler noch korrigieren zu können. Die viel zu späte Heimeinweisung von schwierigen Kindern, sehr oft erst im letzten Schuljahr, macht die Arbeit schwierig und zum guten Teil ohne nachhaltige Wirkung. Es hilft nichts, wenn alle möglichen Beratungen durchgeführt werden, wenn man auf alles Rücksicht nimmt, nur nicht auf die wahren Interessen des Kindes! Erziehen heisst zu einem guten Teil gewöhnen, und jedes Gewöhnen braucht Zeit, und wenn schlechte Gewohnheiten durch gute ersetzt werden sollen, so braucht es noch mehr Zeit. Die späten Heimeinweisungen haben zur Folge, dass im Frühjahr jeweilen eine grosse Zahl von Austritten erfolgt. Damit entstehen viele Wechsel, die sich auf die Aufrechterhaltung eines guten Hausgeistes ungünstig auswirken. – Die nachgehende Fürsorge wird von allen Heimen aus besorgt, aber sie kann sich nur dort richtig auswirken, wo es möglich war, vorher im Heim für eine genügende Bindung zu sorgen. – Im Frühling des Berichtsjahres konnte das Erziehungsheim «*Viktoria*» Wabern verlassen und in die neuen Häuser in *Richigen* bei Worb einziehen. Bei der Erstellung dieser Anlage liess sich auf alle Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Die Kinder haben wohnliche Wohn- und Schlafzimmer, sie haben Platz für Freizeitarbeiten, schöne Schulräume und auch eine Turnhalle, die zugleich als Festsaal gute Dienste leistet. Die Wirtschaftsräume sind zweckmässig und die Personalräume freundlich und einladend. Der Geist in diesen schönen Räumlichkeiten ist ein guter, dank der erfreulichen Zusammenarbeit aller Beteiligten. Bei allen Vorteilen, die ein gut eingerichtetes Heim bietet, bleibt doch die Arbeit der Hauseltern und ihrer Mitarbeiter für den Erfolg der erzieherischen Anstrengungen die Hauptsache. – Im Erziehungsheim *Aarwangen* machten die Bauarbeiten gute Fortschritte, und es ist zu hoffen, dass bereits im Frühjahr 1962 die letzte Etappe in Angriff genommen werden kann. – In *Loveresse* sind Vorbereitungen für den ebenfalls nötigen Ausbau im Gange. Es konnte aber noch nichts Entscheidendes unternommen werden, weil der Entschluss über einen möglichen Bauplatz bisher noch nicht gefasst wurde. – Im Frühling 1961 wurde an der Frauenschule Bern ein *Kurs für Heimgehilfinnen* eröffnet. Töchter, welche sich für diese Arbeit interessieren, erhalten dort während eines Jahres theoretischen Unterricht und eine Ausbildung in praktischen Arbeiten, Basteln und Handarbeiten, wie sie sich für die Freizeitbetätigung in Heimen besonders eignen. Die Kursteilnehmerinnen arbeiteten während des Jahres in längern Praktika in den Heimen mit. Es darf gesagt werden, dass sich auf diese Weise eine wertvolle Rekrutierungs-

## Übersicht über die Heiminsassen auf 31. Dezember 1961

| Name des Heims | Hauseltern | Lehrkräfte | Übriges Personal inklusive Landwirtschaft | Kinder | | versorgt durch | | | Bettenzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Knaben | Mädchen | Staat | Gemeinden | Privat | |
| **A. Erziehungs- und Pflegeheime** | | | | | | | | | |
| *a) staatliche* | | | | | | | | | |
| Aarwangen | 2 | 3 | 14 | 48 | — | 5 | 41 | 2 | 50 |
| Brüttelen | 2 | 3 | 11 | — | 36 | 4 | 31 | 1 | 45 |
| Erlach | 2 | 3 | 16 | 61 | — | 12 | 47 | 2 | 61 [1] |
| Kehrsatz | 2 | 3 | 15 | — | 46 | 10 | 35 | 1 | 48 |
| Landorf | 2 | 3 | 18 | 72 | — | 12 | 60 | — | 72 |
| Loveresse | 2 | 2 | 8 | — | 27 | 6 | 19 | 2 | 30 |
| Oberbipp | 2 | 3 | 16 | 64 | — | 4 | 57 | 3 | 64 |
| Richigen, Viktoria | 2 | 3 | 15 | — | 48 | 5 | 41 | 2 | 48 |
| *b) vom Staat subventionierte* | | | | | | | | | |
| Aeschi, Tabor | 2 | 3 | 15 | 37 | 26 | 27 | 34 | 2 | 63 |
| Belp, Sonnegg | 1 | 3 | — | — | 20 | 15 | 5 | — | 20 |
| Bern, Weissenheim | 2 | 3 | 9 | — | 36 | 3 | 12 | 21 | 35 |
| Brünnen, Zur Heimat | 2 | — | 5 | — | 30 | 4 | 25 | 1 | 31 |
| Brünnen, Brünnen | 2 | 2 | 10 | 31 | — | 7 | 20 | 4 | 31 |
| Burgdorf, Lerchenbühl | 2 | 6 | 15 | 45 | 31 | 18 | 38 | 20 | 76 |
| Frutigen, Sunnehus | 1 | — | 5 | 19 | 14 | 3 | 27 | 3 | 34 |
| Konolfingen, Hoffnung | 2 | — | — | 6 | 6 | 1 | 11 | — | 12 |
| Liebefeld, Steinhölzli | 1 | 2 | 4 | — | 33 | 17 | 12 | 4 | 33 |
| Münsingen, Aeschbacherheim | 1 | 3 | 13 | 20 | 13 | — | 24 | 9 | 36 |
| Muri, Wartheim | 1 | — | 3 | — | 21 | — | 19 | 2 | 21 |
| Niederwangen, Auf der Grube | 2 | 2 | 8 | 40 | — | 4 | 32 | 4 | 40 |
| Rumendingen, Karolinenheim | 1 | 1 | 6 | 16 | 22 | 6 | 27 | 5 | 39 |
| St. Niklaus, Friedau | 2 | — | 6 | 18 | — | 3 | 14 | 1 | 20 |
| Steffisburg, Sunneschyn | 2 | 5 | 16 | 36 | 33 | 12 | 39 | 18 | 69 |
| Thun, Hohmad | 1 | 4 | 25 [2] | 20 | 25 [3] | 3 | 17 | 25 | 58 |
| Walkringen, Friederika-Stiftung | 1 | 2 | 3 | 14 | 11 | — | 23 | 2 | 25 |
| Walkringen, Sonnegg | 1 | 1 | 4 | 16 | 9 | 3 | 11 | 11 | 25 |
| Wattenwil, Hoffnung | 2 | — | 3 | 7 | 4 | 1 | 10 | — | 12 |
| Courtelary, Orphelinat | 2 | 2 | 10 | 38 | 21 | 27 | 23 | 9 | 60 |
| Delsberg, Foyer jurassien d'éducation «La Solitude» | 2 | 4 | 12 | 38 | 17 | 10 | 27 | 18 | 60 |
| Delsberg, St-Germain | 1 | 3 | 11 | 29 | 21 | 13 | 17 | 20 | 60 |
| Grandval, Petites familles | 2 | — | — | 5 | 8 | — | 8 | 5 | 15 |
| Les Reussilles, Petites familles | 1 | — | 1 | 8 | 6 | 1 | 12 | 1 | 14 |
| Tavannes, Jurahaus | 1 | 2 | 1 | 14 | 12 | 1 | 16 | 9 | 27 |
| Wabern, Morija | 1 | — | 5 | 3 | 12 | — | 4 | 11 | 25 |
| Total | | | | 705 | 588 | 237 | 838 | 218 | 1359 |

| | Hauseltern | Personal inklusive Landwirtschaft | Pfleglinge | | versorgt durch | | | Bettenzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Männer | Frauen | Staat | Gemeinden | Privat | |
| **B. Verpflegungsanstalten** | | | | | | | | |
| Bärau | 2 | 31 | 218 | 196 | 146 | 179 | 89 | 450 |
| Dettenbühl | 2 | 33 | 214 | 138 | 85 | 230 | 37 | 420 |
| Frienisberg | 2 | 34 | 200 | 154 | 62 | 280 | 12 | 400 |
| Kühlewil | 2 | 37 | 162 | 132 | 11 | 279 | 4 | 330 |
| Riggisberg | 2 | 45 | 242 | 207 | 86 | 315 | 48 | 480 |
| Sumiswald, Gemeindeverpflegungsheim | 2 | 10 | 24 | 20 | 13 | 21 | 10 | 70 |
| Utzigen | 2 | 40 | 225 | 146 | 85 | 286 | — | 420 |
| Worben, Seelandheim | 2 | 50 | 277 | 153 | 78 | 339 | 13 | 430 |
| Sonvilier, Versorgungsheim Pré-aux-Bœufs | 2 | 8 | 69 | 15 | 17 | 62 | 5 | 98 |
| Delsberg, Hospice | 2 | 10 | 67 | 43 | 4 | 59 | 47 | 120 |
| Reconvilier, Maison de repos «La Colline» | 1 | 4 | 10 | 22 | 7 | 12 | 13 | 32 |
| Saignelégier, Hospice | 1 | 7 | 39 | 26 | 13 | 31 | 21 | 92 |
| St. Immer, Asile | 2 | 5 | 52 | 21 | 42 | 27 | 4 | 90 |
| St-Ursanne, Hospice | 1 | 12 | 98 | 41 | 23 | 109 | 7 | 150 |
| Tramelan, Hospice communal | 2 | 2 | 25 | 12 | 3 | 23 | 11 | 40 |
| Total | | | 1922 | 1326 | 675 | 2252 | 321 | 3622 |
| **C. Trinkerheilstätten** | | | | | | | | |
| Herzogenbuchsee, Wysshölzli | 1 | 11 | — | 19 | 7 | 4 | 8 | 25 |
| Kirchlindach, Nüchtern | 2 | 6 | 48 | — | 7 | 21 | 20 | 50 |
| Total | | | 48 | 19 | 14 | 25 | 28 | 75 |

[1] einschliesslich 5 Notbetten
[2] davon 15 Lehrtöchter
[3] davon 13 ledige Mütter

möglichkeit für Erziehungsgehilfinnen ergibt, welche den Heimen eine grosse Erleichterung bringen dürfte. – Das Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes brachte den Heimen ebenfalls einige Änderungen, da manche Zöglinge Anspruch auf Beiträge an die Sonderschulung haben. Leider geht die Anwendung verschiedener Bestimmungen langsam vor sich. Bis heute wissen die meisten der in Frage kommenden Heime noch nicht, welche Beiträge an die Betriebskosten sie von der Invalidenversicherung erwarten können. Diese Unsicherheit ist für die Arbeit nicht förderlich.

Die *Verpflegungsheime* erfüllten ihre Aufgabe in bisheriger Weise. Es kann jedoch gesagt werden, dass da, wo ein Ausbau unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des einzelnen Pfleglings erfolgte, das Interesse der versorgenden Behörden grösser geworden ist. Diese sind eher bereit, ihre Schützlinge anzumelden. Wer heute angemeldet ist, ist bestimmt irgendwie pflegebedürftig oder bedarf einer vermehrten Betreuung. In gut eingerichteten Häusern lässt sich diese Führung leichter vornehmen als in einem Massenbetrieb. Und diese Anstalten sind doch dazu da, um den heutigen Bedürfnissen zu dienen. Sie müssen in ihren Einrichtungen auf diese Bedürfnisse ausgerichtet werden. Wo daher Projekte nicht bereits verwirklicht sind oder ihrer Verwirklichung entgegengehen, werden sie mindestens studiert. Man ist schon deshalb gezwungen, etwas zu unternehmen, weil kein Personal zu finden ist, das in ungenügend eingerichteten Heimen arbeiten will. Die Pflege der vielen alten, kranken, schwierigen, unsaubern Personen stellt an sich schon grosse Anforderungen; gute hygienische und wohnliche Einrichtungen dürfen daher sicher nicht als Luxus bewertet werden. – In der *Verpflegungsanstalt* des Amtes Signau, in der *Bärau*, ist das Verwalterehepaar Wüthrich im Frühling des Berichtsjahres zurückgetreten. Herr und Frau Wüthrich haben während fast vier Jahrzehnten diese Anstalt in verantwortungsbewusster und mustergültiger Weise geleitet. Das Schicksal der Schutzbefohlenen war ihnen für ihre Zielsetzung immer in erster Linie massgebend, und sie haben nicht nur in der guten und menschlich wohltuenden Beherbergung der Schutzbefohlenen ihre Aufgabe gesehen, sondern auch im Bestreben, denjenigen unter ihnen, die dafür in Frage kamen, wieder aus der Anstalt hinaus zu helfen, damit sie im Leben ein Plätzchen ausfüllen konnten. Diese Anstrengung hat sich in manchem Falle gelohnt. Mit ihrer Arbeit haben die Verwaltersleute Wüthrich der Öffentlichkeit grosse Dienste geleistet. Dafür sei ihnen auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

Die Fürsorgedirektion dankt den Anstaltsleitern und ihren Mitarbeitern aller Stufen für ihren hingebungsvollen Einsatz im Dienste der Armen, sei es in den Erziehungsheimen, in den grossen Verpflegungs- und Pflegeheimen oder in kleinern Altersheimen. Ihre aufopfernde Tätigkeit verdient die Anerkennung seitens der Öffentlichkeit.

## V. Alters- und Hinterlassenenfürsorge

Wie bis anhin bewährte sich auch im Berichtsjahr die Alters- und Hinterlassenenfürsorge, welche nach dem Gesetz vom 9. Dezember 1956 grundsätzlich von den Einwohner- und gemischten Gemeinden als obligatorische Aufgabe durchzuführen ist. Auch im Berichtsjahr hat sich die Erfahrung der Vorjahre bestätigt, dass dank dieser Fürsorge viele minderbemittelte Greise, Witwen und Waisen vor der Verarmung bewahrt oder sogar von der Armengenössigkeit befreit werden können. Dies insbesondere auch, nachdem mit Regierungsratsbeschluss vom 13. Dezember 1960 die Bedarfsgrenzen und die Höchstleistungen erhöht worden sind.

Von den insgesamt 492 bernischen Gemeinden gewährten im Jahre 1961 deren 475 (Vorjahr 462) Fürsorgeleistungen. Es waren 13 731 Fürsorgefälle zu verzeichnen (1960: 13 611), 16 702 Personen umfassend (Vorjahr 16 616). In 57 Fällen mit 59 Personen war gemäss Artikel 20 des AHF-Gesetzes der Staat (kantonale Fürsorgedirektion) zuständig, in den übrigen 13 674 Fällen mit 16 643 Personen waren es bernische Gemeinden. Für die Einzelheiten wird auf die Tabelle I verwiesen. Über die Roh- und Reinausgaben für die Fürsorgefälle der Gemeinden und des Staates zusammen sowie über die Lastenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Staat für das Jahr 1961 gibt die Tabelle II Aufschluss. Pro Kopf der Wohnbevölkerung (889 523 gemäss Volkszählung 1960) wurden netto Fr. 9.96 aufgewendet (Vorjahr Fr. 9.95).

Die Fürsorgedirektion prüfte im Berichtsjahr in 151 Gemeinden die Durchführung der Alters- und Hinterlassenenfürsorge. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Gemeinden des Gesetz im allgemeinen richtig anwenden und den Fürsorgeberechtigten diejenigen Fürsorgeleistungen gewähren, die erforderlich sind, um sie und ihre Familienangehörigen vor der Verarmung zu bewahren oder von der Armengenössigkeit zu befreien.

Das gute Funktionieren der Alters- und Hinterlassenenfürsorge kommt auch darin zum Ausdruck, dass im Berichtsjahr nur noch gegen 17 Beschlüsse von Gemeindebehörden gemäss Artikel 28 des Altersfürsorgegesetzes bei der kantonalen Fürsorgedirektion Beschwerde geführt wurde (im Vorjahr 39 Beschwerden). *Sämtliche 17 Beschwerden konnten ohne Mühe gütlich erledigt werden*, sei es, dass sie nach Aufklärung des Beschwerdeführers über die Rechtslage zurückgezogen wurden oder dass – in Zuständigkeitsstreitigkeiten – die vorhergehende Wohnsitzgemeinde sich bereit erklärte, den Fürsorgefall zu behalten. *Leider scheinen die Gemeindeorgane noch vielerorts dem unerlässlichen persönlichen Kontakt mit den Gesuchstellern auszuweichen.* Mangelnde gegenseitige Aufklärung und Missverständnisse führten dann zur Beschwerdeerhebung. Fürsorgebeschwerden sind aber fast immer vermeidbar, wenn die Fürsorgebehörde, bevor sie einen Beschluss fasst, den Gesuchsteller richtig anhört, die Verhältnisse mit ihm bespricht und ihn über die massgebenden Vorschriften aufklärt, über die er oft von unkundiger Seite falsch informiert wurde.

## VI. Verschiedenes

### A. Vermittlung verbilligter Äpfel und Kartoffeln

Die unterdurchschnittliche Obsternte ermöglichte der Eidgenössischen Alkoholverwaltung lediglich die Belieferung der in der Bergzone gelegenen Gemeinden mit

Spätäpfeln. Die Abgabe musste auf die im Vorjahr bezogene Menge beschränkt werden. Insgesamt wurden in 88 Gemeinden 231 495 kg Äpfel zu 30 Franken je 100 kg an Minderbemittelte verteilt.

An der Abgabe verbilligter Kartoffeln beteiligten sich 168 Gemeinden, und es wurden insgesamt 1 085 960 kg zum Preise von 14 Franken je 100 kg an Minderbemittelte abgegeben.

### B. Naturschadenfonds

(Hilfe bei unversicherbaren Elementarschäden)

Nach einer Anzahl günstiger Jahre wurde der Naturschadenfonds im Jahre 1961 wieder ausserordentlich stark belastet, und zwar durch die Beiträge an die Schäden, die der Schneefall und anschliessende Frost vom 29./30. Mai hauptsächlich im Emmental, auf dem Längenberg und in den nordöstlichen und westlichen Teilen des Amtes Thun an den Kartoffel- und Wintergetreidekulturen verursacht hatten. Im Kanton Bern besteht bis weit in den Mai hinein fast alljährlich Frostgefahr. Frost wird deshalb von den Verwaltungsorganen des kantonalen Naturschadenfonds wie von denjenigen des schweizerischen Elementarschadenfonds grundsätzlich nicht als Naturereignis anerkannt, das zu Beiträgen Anlass geben kann, sondern als normales Betriebsrisiko betrachtet. Mit dem ausserordentlichen und für die Landwirte in den betroffenen Gegenden teilweise katastrophalen Spätfrost von Ende Mai 1961 verhielt es sich etwas anders. Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat wurden grundsätzlich Beiträge an die damals eingetretenen Frost- und Schneedruckschäden gemäss den geltenden Bestimmungen in Aussicht gestellt. Im Auftrag der Fürsorgedirektion veranstalteten die Regierungsstatthalterämter Signau und Thun im Juli für die Schätzungsorgane der Gemeinden Instruktionstagungen, an welchen die Kreisexperten des Naturschadenfonds die nötigen Anleitungen für eine einheitliche Schätzung der Frost- und Schneedruckschäden erteilten. Bis Jahresende wurden aus 84 Gemeinden 2064 Gesuche um Beiträge an solche Schäden gestellt. Davon konnten 1768 mit einer Schadensumme von Fr. 1 089 109.— berücksichtigt werden. Die kantonale Fürsorgekommission beschloss, an die anrechenbaren Frostschäden ausnahmsweise einen Beitrag von 50% zu gewähren, weil der schweiz. Elementarschadenfonds sich an diesen Schäden nicht beteiligte (übrige Schäden: 40%). Damit die nötigen Beiträge gewährt werden konnten, musste der Regierungsrat die Kommission gemäss § 6, Absatz 3 des Dekrets vom 20. November 1956 ermächtigen, die gesamten Einnahmen des Fonds pro 1961 zu verwenden und das Kapital anzugreifen. Die bisher zugesprochenen Beiträge aus dem kantonalen Naturschadenfonds an die Frost- und Schneedruckschäden vom 29./30. Mai 1961 belaufen sich auf Fr. 490 822.—.

Im übrigen waren im Jahre 1961 nur Naturereignisse von lokaler Bedeutung und mit verhältnismässig geringen Schäden zu verzeichnen. Von 328 angemeldeten Schadenfällen wurden 278 berücksichtigt mit einer Schadensumme von total Fr. 172 431.—.

Die Aufwendungen des Naturschadenfonds pro 1961 betrugen Fr. 453 427.25, wovon Fr. 345 047.— für Schneedruck- und Frostschäden vom 29./30. Mai (1. Teil; der Rest wird im Jahre 1962 ausbezahlt), Fr. 68 675.— für andere Elementarschäden im Jahre 1961, Fr. 34 635.— für Beiträge an Schäden früherer Jahre und Fr. 5 070.25 für Verwaltungskosten (Kreisschreiben, Experten, Instruktionstagungen, Anmeldeformulare). Da die Einnahmen des Fonds (Anteil Wasserzins und Konzessionsgebühren, Fondszinsen) nur Franken 406 011.45 betrugen, ergab sich ein Vermögensrückschlag von Fr. 47 415.80. Das Fondsvermögen betrug am 31. Dezember 1961 Fr. 3 389 868.95.

## Alters- und Hinterlassenenfürsorge 1961

**Bezügergruppen und Personenkreis** *Tabelle I*

| | Männer | Frauen | Ehepaare | Witwen ohne Kinder | Witwen mit Kindern | Einfache Waisen | Vollwaisen | Total | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | Fälle | Personen |
| Greise | 2413 | 7888 | 2282 | — | — | — | — | 12 583 | 14 865 |
| Hinterlassene | — | — | — | 708 | 324 | 90 | 26 | 1 148 | 1 837 |
| *Total* | 2413 | 7888 | 2282 | 708 | 324 | 90 | 26 | 13 731 | 16 702 |
| 1960 (Vorjahr) | 2358 | 7783 | 2277 | 719 | 348 | 95 | 31 | 13 611 | 16 616 |

**Aufwendungen und Lastenverteilung** *Tabelle II*

| | Fürsorgeleistungen | Einnahmen (Rückerstattungen u. a. m.) | Netto-Aufwendungen | Lastenverteilung | | Staatsanteil in % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Gemeinden | Staat | |
| | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. | |
| Altersfürsorge | 8 307 297.— | 160 859.15 | 8 146 437.85 | | | |
| Hinterlassenenfürsorge | 718 235.15 | 6 754.20 | 711 480.95 | | | |
| | 9 025 532.15 | 167 613.35 | 8 857 918.80 | 3 162 625.70 | 5 695 293.10 | 64,3 |
| – Bundesbeiträge an die Aufwendungen der Gemeinden und des Staates | | | 853 599.— | 304 769.— | 548 830.— | |
| *Netto-Aufwendungen 1961* | | | 8 004 319.80 | 2 857 856.70 | 5 146 463.10 | 64,3 |

Bezüglich der Änderung des Dekrets über den Naturschadenfonds durch Dekret vom 20. November 1961 (Aufhebung der nach dem steuerbaren Vermögen berechneten Selbstbehalte) vgl. oben, Abschnitt I A *b*.

## C. Bekämpfung des Alkoholismus

### Verwendung des Alkoholzehntels

Was die Trinkerfürsorge anbetrifft, so scheint sich erfreulicherweise nun auch für das zurzeit noch verwaiste Amt Laupen eine Lösung abzuzeichnen, in Verbindung mit der auszubauenden Fürsorgestelle Bern-Land. Auch erhielt das jurassische Blaue Kreuz im Berichtsjahr einen hauptamtlichen Agenten. An die Ausbildung dreier Trinkerfürsorger leistete die Fürsorgedirektion auf den Antrag der kantonalen Kommission zur Bekämpfung der Trunksucht Beiträge. – Viel zu reden gab im Berichtsjahr der Vorschlag zur Schaffung einer besondern Spitalstation für die Durchführung medikamentöser Alkoholentwöhnungskuren mit entsprechender psychotherapeutischer Behandlung. Die Angliederung der Station an das erweiterte Bezirksspital in Biel, die erwogen worden war, ist nicht möglich, jedenfalls nicht in der ersten Etappe des Spitalneubaues. Auf Wunsch der kantonalen Kommission ersuchte die Direktion des Fürsorgewesens die Sanitätsdirektion, sie möchte über den Verband bernischer Krankenanstalten die Verwirklichung einer solchen Spitalstation anstreben. Die Sanitätsdirektion schenkt dieser Frage, die gegenwärtig weiterverfolgt wird, volle Aufmerksamkeit. – Auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Tätigkeit bemühte sich die Kommission, das Interesse der Berner Hochschule für Fragen des Alkoholismus wachzuhalten. – In der Vorsorge stand vor allem die Förderung der alkoholfreien Bauplatzverpflegung im Vordergrund der Bemühungen. Diesbezüglich pflegte anfangs des Berichtsjahres die Kommission zur Bekämpfung der Trunksucht gemeinsam mit dem Fürsorgestellenverband eine Aussprache mit den Polieren der Stadt Bern und stiess dabei auf viel Verständnis und Bereitwilligkeit. Sie wandte sich aber auch, wiederum mit demselben Verband, an die Baumeister und trat mit dem Sekretariat des kantonalbernischen Baumeisterverbandes in Fühlung, der sich zur Sache ebenfalls positiv einstellt. – Die Mitwirkung bei der Verbreitung von Aufklärungsschriften wurde fortgesetzt. So beteiligte sich die kantonale Kommission bei der Verbreitung der gesamtschweizerisch herausgegebenen Illustrierten «Gesundes Volk», indem sie im Einverständnis mit der Fürsorgedirektion in einem Kreisschreiben den Gemeindebehörden empfahl, diese über die Alkoholgefahren aufklärende Zeitschrift in allen Haushaltungen unentgeltlich verteilen zu lassen. Die Empfehlung hatte einen vollen Erfolg, auch wenn einzelne Gemeinden glaubten, sie unbeachtet lassen zu müssen. – Die mit der Frage des Ausschankes alkoholischer Getränke in engem Zusammenhang stehende Neuerung der Vorverschiebung der spätern Schliessungsstunde der Gastwirtschaftsbetriebe vom Sonntag auf den Freitagabend, wie sie in einzelnen Amtsbezirken mit Rücksicht auf die immer stärker verbreitete Fünftagewoche bewilligt worden ist, beschäftigte naturgemäss auch die den Alkoholismus bekämpfenden Kreise. In der Tat darf die Gefahr, die mit dieser Neuerung hinsichtlich des Alkoholkonsums verknüpft ist, nicht gering eingeschätzt werden. – Im Herbst des Berichtsjahres fand turnusgemäss wiederum der sogenannte Aeschikurs statt, der gut besucht war und dessen stets aktuelle Themen auf grosses Interesse stiessen. Nicht unerwähnt sei, dass an der schweizerischen Hygiene- und Sportausstellung (HYSPA) im Frühsommer 1961 auch der Alkoholismus zur Darstellung gelangte, dank den Bemühungen zweier Ärzte, die sich als Mediziner auch der kantonalen Kommission zur Bekämpfung der Trunksucht immer wieder zur Verfügung stellen. – Im Berichtsjahr fand zum ersten Male eine gemeinsame Sitzung des Büros der eidgenössischen Kommission gegen den Alkoholismus mit den Präsidenten und andern Vertretern der kantonalen Kommissionen statt, an der Fragen des Dokumentationsaustausches wie der engern Zusammenarbeit erörtert wurden.

Vom Anteil des Kantons Bern am Ertrag der Alkoholbesteuerung durch den Bund im Geschäftsjahr 1960/61 wurde der Direktion des Fürsorgewesens zur Bekämpfung der Trunksucht ein Betrag von Fr. 320 000.— zugewiesen. Über die Verwendung dieses Betrages gibt die nachfolgende Aufstellung Aufschluss. Der Zehntel, den der Kanton von jenem Anteil gemäss Artikel 32bis der Bundesverfassung zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen mindestens verwenden muss (Alkoholzehntel) beträgt rund Fr. 320 228.—.

| | | Fr. |
|---|---|---|
| 1. | Förderung der Bekämpfung des Alkoholismus im allgemeinen . . . . . | 78 459.95 |
| 2. | Aufklärung des Volkes über zweckmässige Ernährung und über Gefahren des Alkoholismus, Unterstützung von Forschungen über Alkoholschädigungen, Förderung von Gemeindestuben, Volksbibliotheken, Leseräumen, Jugendheimen und ähnlichen volkserzieherischen Bestrebungen . . . . . | 3 422.05 |
| 3. | Förderung der alkoholfreien Obst- und Traubenverwertung . . . . . | 2 500.— |
| 4. | Naturalverpflegung armer Durchreisender in Unterkunfts- und Verpflegungsstätten . . . . . | 5 474.25 |
| 5. | Unterstützung von Trinkerfürsorgestellen sowie von Trinkerheilstätten, Unterbringung von Alkoholkranken in Heilstätten, Heimen sowie Heil- und Pflegeanstalten . . . . . | 211 195.— |
| 6. | Versorgung, Pflege und Unterhalt wegen Alkoholismus in der Familie fürsorgebedürftiger Kinder, verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher . . . . | 18 800.— |
| | Total | 319 851.75 |

## D. Beiträge an Hilfsgesellschaften im Ausland

Auch im Berichtsjahr konnte dem Bund wieder ein Beitrag von Fr. 7000.— zur Verfügung gestellt werden.

### E. Gebrechlichenhilfe des Bundes

Die vom Bund bewilligte Subvention an die Gebrechlichenhilfe betrug im Jahre 1961 Fr. 45 965.— (Franken 46 610.—); der Betrag wurde weisungsgemäss, wie im Vorjahr, auf 7 Heime für Anormale verteilt.

### F. Stiftungen und Fonds

Die Direktion des Fürsorgewesens befasste sich im Berichtsjahr mit folgenden der Gemeinnützigkeit, Sozialfürsorge und Jugenderziehung dienenden Stiftungen und Fonds, über welche sie die Aufsicht führt oder mit denen sie aus andern Gründen zu tun hat:

1. Stiftung Alkoholfreies Gast- und Gemeindehaus «Zum Kreuz» in Herzogenbuchsee,
2. Stiftung Arn in Diessbach bei Büren a.d.A.,
3. Hess-Mosimann-Stiftung in Muri bei Bern,
4. Moser-Stiftung,
5. Mühlemann-Legat,
6. Sollberger-Stiftung in Wangen a.d.A.,
7. Stiftung Schweizerische Erziehungsanstalt für Knaben in der Bächtelen bei Bern,
8. Stiftung Jugenderziehungsfonds des Amtes Konolfingen,
9. Stiftung Oberaargauische Knabenerziehungsanstalt Friedau, St. Niklaus bei Koppigen,
10. Viktoria-Stiftung, Richigen bei Worb,
11. Stiftung Scheuner-Iglinger-Wohltätigkeitsfonds in Bern,
12. Stiftung Elise-Rufener-Fonds in Bern,
13. Jean Georges-Wildbolz-Stiftung in Bern,
14. Stiftung Ferienheim für erholungsbedürftige Hausmütter und Hausfrauen Rattenholz-Niedermuhlern,
15. Stiftung Propper-Gasser in Biel,
16. Aerni-Leuch-Fonds für berufliche Ausbildung bedürftiger Pflegekinder,
17. Aerni-Leuch-Fonds für bedürftige Wöchnerinnen,
18. Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner der Stadt Biel,
19. Stiftung «Bernisches Hilfwerk» (vgl. lit G hiernach).

### G. Stiftung «Bernisches Hilfswerk»

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Beitragsgesuche gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen. Es waren 257 Gesuche von Einzelpersonen (Vorjahr 200) und ein Gesuch von einer Einrichtung (4) zu behandeln, insgesamt 258 Gesuche. 20 zum vorneherein unbegründete Gesuche konnten abgeschrieben werden, 5 Gesuchen wurde durch Präsidialentscheid entsprochen, 229 Gesuche wurden dem Arbeitsausschuss unterbreitet; 4 Gesuche mussten unerledigt ins neue Jahr übernommen werden.

Der Arbeitsausschuss behandelte die ihm unterbreiteten 229 Gesuche in vier Sitzungen. Für 225 Einzelpersonen gewährte er Beiträge von insgesamt Franken 128 106.40 (Fr. 81 109.05); 4 Gesuche mussten abgewiesen werden. Durch Präsidialentscheid wurden in 5 Fällen Beiträge von zusammen Fr. 2094.25 (Franken 6850.35) bewilligt. Somit wurden im Berichtsjahr an 230 Einzelpersonen Beiträge von total Fr. 130 200.65 (Fr. 87 959.40) ausgerichtet. Inbegriffen sind 10 Fälle, in denen Beiträge von zusammen Fr. 9648.75 (Franken 14 202.—) im Sinne eines Vorschusses auf allfällige Leistungen der Invalidenversicherung gewährt wurden; in einem Fall wurde der bewilligte Beitrag von F. 1170.— bereits zurückerstattet.

Trotzdem die eidgenössische Invalidenversicherung nun bereits seit zwei Jahren wirkt, ist das «Bernische Hilfswerk» nicht überflüssig geworden. Es zeigte sich im Gegenteil, dass es dazu berufen ist, empfindliche Lücken zu schliessen. Immer noch wurden beträchtliche Beiträge geleistet für geistig behinderte Kinder, speziell für solche, die in nicht vom Staat Bern subventionierten Heimen untergebracht sind, damit die Eltern nicht schlechter wegkommen als vor dem Inkrafttreten der Invalidenversicherung, wo die Heimkostgelder niedriger waren. Nach dem neuen Fürsorgegesetz, das am 1. Juli 1962 in Kraft tritt, wird der Staat für alle unmündigen Kinder mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Kanton Bern, welche von der Invalidenversicherung einen Schul- oder Kostgeldbeitrag erhalten, einen Beitrag von voraussichtlich Fr. 1.— pro Tag leisten. Dadurch wird das «Bernische Hilfswerk» eine Entlastung erfahren.

Eine zweite Kategorie bilden die Bezüger von Invalidenrenten, für die das «Bernische Hilfswerk» Eingliederungsmassnahmen finanzierte, weil die Invalidenversicherung nach bisheriger Praxis entweder Renten leistet oder für die Wiedereingliederungskosten aufkommt, jedenfalls nicht beides zuspricht. Vielen ist mit der Rente besser gedient, weil sie ein sicheres und regelmässiges Einkommen darstellt. Es ist jedoch ebenso wichtig, dass solchen Personen die Möglichkeit gegeben wird, die ihnen noch innewohnende Arbeitsfähigkeit sinnvoll auszunützen, stärkt dies doch den bei Invaliden so nötigen Durchhaltewillen, ganz abgesehen vom sehr willkommenen zusätzlichen Einkommen. Weiter wird das «Bernische Hilfswerk» für immer mehr Invalide, welche AHV-Renten beziehen und daher von der Invalidenversicherung nichts erhalten, um Beiträge angegangen, z.B. für Fahrstühle, Hörapparate, Prothesen, spezialärztliche Behandlungen usw. Sehr oft hatten auch jüngere Invalide Beiträge nötig für spezialärztliche Behandlungen, für welche die Invalidenversicherung nicht aufkommt, weil es sich um die Behandlung des Leidens an sich handelt.

Bis heute liess sich ein genauer Überblick über die Auswirkungen der Invalidenversicherung nicht gewinnen; dies um so weniger, als bereits Bestrebungen zur Revision des Invalidenversicherungsgesetzes im Gange sind. Die in Aussicht stehende kantonale Invalidenfürsorge wird ebenfalls ihre Auswirkungen auf das «Bernische Hilfswerk» haben, die heute auch noch nicht zu übersehen sind. Die vorgesehene Revision des Stiftungsreglementes musste deshalb nochmals hinausgeschoben werden.

Der Stiftungsrat hielt im Berichtsjahr eine einzige Sitzung ab, um die reglementarischen Geschäfte zu behandeln, d.h. um den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu genehmigen. Herr Notar Lehmann, Bern, ist als Mitglied des Stiftungsrates zurückgetreten; sein Sitz ist noch vakant. Herrn Notar Lehmann sei auch an

dieser Stelle für seine Mitarbeit, die schon bei der Gründung des «Bernischen Hilfswerkes» einsetzte, gedankt.

Über die finanzielle Entwicklung gibt im übrigen die nachfolgende Jahresrechnung Aufschluss.

*Betriebsrechnung*

| *Einnahmen* | Fr. |
|---|---|
| Zinsen | 24 078.05 |
| Beitragsrückzahlungen | 9 716.55 |
| *Total Einnahmen* | 33 794.60 |

| *Ausgaben* | Fr. |
|---|---|
| Beiträge an Einzelpersonen | 130 200.65 |
| Verwaltungskosten | 1 638.80 |
| *Total Ausgaben* | 131 839.45 |

*Bilanz*

| | |
|---|---|
| Einnahmen | 33 794.60 |
| Ausgaben | 131 839.45 |
| *Ausgabenüberschuss* | 98 044.85 |

*Vermögensrechnung*

| | |
|---|---|
| Kapitalbestand am Rechnungsanfang | 786 022.55 |
| Kapitalverminderung | 98 044.85 |
| *Kapitalbestand am 31. Dezember 1961* | 687 977.70 |

*Vermögensbilanz*

| | Aktiven Fr. | Passiven Fr. |
|---|---|---|
| Kassabestand | — | |
| Postcheckbestand | 6 538.96 | |
| Hypothekarkasse des Kantons Bern, Guthaben auf Kontokorrent | 685 034.40 | |
| Transitorische Passiven (vom Arbeitsausschuss und vom Stiftungsrat bewilligte, aber noch nicht ausbezahlte Beiträge) | | 3 595.66 |
| | 691 573.36 | 3 595.66 |
| *Kapitalbestand* | | 687 977.70 |
| | 691 573.36 | 691 573.36 |

## Übersicht über die reinen Fürsorgeaufwendungen des Staates

| | | 1961 Fr. | | 1960 Fr. |
|---|---|---|---|---|
| *Verwaltungskosten* | | 1 292 298.06 | | 1 288 588.58 |
| *Armenpflege:* | | | | |
| Beiträge an die Gemeinden: | Fr. | | Fr. | |
| *a)* Für dauernd Unterstützte | 3 327 066.45 [1]) | | 4 598 104.60 [2]) | |
| *b)* Für vorübergehend Unterstützte und Fürsorgeeinrichtungen | 4 289 164.60 [3]) | | 4 651 242.65 [4]) | |
| *c)* Ausserordentliche Beiträge an schwerbelastete Gemeinden | 200 000.— | | 200 000.— | |
| Auswärtige Armenpflege: | | | | |
| *a)* Unterstützungskosten für Berner in Konkordatskantonen | 2 410 905.44 | | 2 872 494.57 | |
| *b)* Unterstützungskosten für Berner in Nichtkonkordatskantonen und im Ausland sowie für heimgekehrte Berner | 3 681 829.92 | | 4 927 777.28 | |
| Kosten strafrechtlicher Massnahmen | 13 281.40 | | 24 230.55 | |
| | | 13 922 247.81 | | 17 273 849.65 |
| *Beiträge an Bezirks- und Gemeindeverpflegungsheime sowie an andere Heime* | | 72 500.— | | 72 500.— |
| *Beiträge an Bezirks- und Privaterziehungsheime* | | 466 399.— | | 436 725.— |
| *Staatliche Erziehungsheime inkl. Ferienheim Rotbad, Zuschüsse* | | 903 799.42 | | 1 053 911.69 |
| *Bau- und Einrichtungsbeiträge:* | | | | |
| *a)* Aus der Betriebsrechnung | | 2 362 324.— | | 1 427 930.60 |
| *b)* Aus dem Unterstützungsfonds für Kranken- und Armenanstalten | | 33 153.— | | —.— |
| *c)* Aus diversen Fonds, Reserven und Rückstellungen | | —.— | | —.— |
| *Alters- und Hinterlassenenfürsorge:* | Fr. | | | |
| *a)* Beiträge an die Aufwendungen der Gemeinden nach Artikel 33 AHFG | 4 870 130.50 [5]) | | | |
| *b)* Direkte Fürsorgeleistungen des Staates nach Artikel 20 AHFG | 31 671.65 | | | |
| | | 4 901 802.15 | | 5 664 096.95 |
| *Ausgaben zur Bekämpfung des Alkoholismus* | | 319 851.75 [6]) | | 309 876.20 |
| *Andere Fürsorgeleistungen* | | 649 316.35 [7]) | | 512 692.75 |
| *Reine Ausgaben* | | 24 923 691.54 | | 28 040 171.42 |

*Hinzu kommen:*

| | Fr. |
|---|---|
| Ausgaben aus dem Notstandsfonds | 15 300.— |
| Ausgaben aus dem Fonds für ausserordentliche Unterstützungen | 18 170.90 |
| Ausgaben aus dem Fonds für berufliche Ausbildung bedürftiger Pflegekinder | 650.— |
| Ausgaben aus dem Fonds für bedürftige Wöchnerinnen | 300.— |

Bern, den 13. März 1962.

*Der Direktor des Fürsorgewesens:*
**Huber**

Vom Regierungsrat genehmigt am 15. Juni 1962.

Begl. Der Staatsschreiber: **Hof**

---

[1]) Vorschüsse und geschätzte Kreditoren (Guthaben der Gemeinden), abzüglich Kreditüberschuss des Jahres 1960 in Höhe von Fr. 673 563.55.

[2]) Vorschüsse und geschätzte Kreditoren (Guthaben der Gemeinden) sowie Fr. 98 104.60 für 1960 geleistete Schlusszahlung des Staatsbeitrages 1959.

[3]) Vorschüsse und geschätzte Kreditoren (Guthaben der Gemeinden), abzüglich Kreditüberschuss des Jahres 1960 in Höhe von Fr. 109 335.40.

[4]) Vorschüsse und geschätzte Kreditoren (Guthaben der Gemeinden) sowie Fr. 351 242.65 für 1960 geleistete Schlusszahlung des Staatsbeitrages 1959.

[5]) Vorschüsse und geschätzte Kreditoren (Guthaben der Gemeinden), abzüglich Kreditüberschuss des Jahres 1960 in Höhe von Fr. 84 689.85. – Fr. 500 000.— wurden dem kantonalen Altersversicherungsfonds belastet.

[6]) Es handelt sich bei diesem Posten um die Rohausgaben, die aus dem bernischen Anteil am Ertrag der Alkoholbesteuerung durch den Bund gedeckt werden konnten.

[7]) Fr. 453 427.25 wurden dem Naturschadenfonds belastet.

**Beilage**

# Statistik der bernischen Armenpflege für das Jahr 1960

| Anzahl der Unterstützungsfälle und deren zahlenmässige Entwicklung | | | | | Aufwendungen des Kantons Bern gemäss Armen- und Niederlassungsgesetz | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahr | Burgerliche Armenpflege | Örtliche Armenpflege | Staatliche Arme (Auswärtige und Heimgekehrte) | Total | Burgergemeinden *a)* | Einwohner- und gemischte Gemeinden *b)* | Staat (Auswärtige Armenpflege und Staatsbeiträge) *c)* | Total (Netto)-Aufwendungen des Kantons Bern |
| | | | | | | Fr. | Fr. | Fr. |
| 1900 | 1833 | 27 420 | 3 189 | 32 442 | 454 671 | 827 808 | 1 824 471 | 3 106 950 |
| 1914 | 1596 | 26 740 | (keine Angaben) | | 487 772 | 1 451 584 | 2 948 251 | 4 887 607 |
| 1918 | 1546 | 26 290 | (keine Angaben) | | 671 189 | 2 119 441 | 4 009 351 | 6 799 981 |
| 1938 | 1076 | 37 842 | 18 389 | 57 307 | 572 112 | 4 950 200 | 11 274 716 | 16 797 028 |
| 1940 | 970 | 31 772 | 14 456 | 47 198 | 512 310 | 4 284 329 | 10 652 710 | 15 449 349 |
| 1941 | 887 | 30 525 | 13 504 | 44 916 | 523 979 | 4 348 771 | 10 045 608 | 14 918 358 |
| 1942 | 867 | 27 290 | 13 089 | 41 246 | 526 991 | 4 432 789 | 10 418 210 | 15 377 990 |
| 1943 | 791 | 23 519 | 11 627 | 35 937 | 529 197 | 4 291 046 | 10 086 039 | 14 906 282 |
| 1944 | 751 | 22 859 | 11 642 | 35 252 | 522 834 | 4 311 984 | 10 484 858 | 15 319 676 |
| 1945 | 708 | 22 834 | 11 948 | 35 490 | 495 408 | 4 750 993 | 10 732 801 | 15 979 202 |
| 1946 | 638 | 22 504 | 10 731 | 33 873 | 443 437 | 4 302 239 | 10 066 871 | 14 812 547 |
| 1947 | 609 | 22 710 | 10 137 | 33 456 | 426 940 | 4 532 332 | 10 474 714 | 15 433 986 |
| 1948 | 581 | 21 632 | 9 924 | 32 137 | 442 878 | 4 926 128 | 11 522 367 | 16 891 373 |
| 1949 | 551 | 21 882 | 11 303 | 33 736 | 450 444 | 5 456 349 | 13 675 244 | 19 582 037 |
| 1950 | 582 | 22 509 | 11 791 | 34 882 | 440 174 | 5 794 651 | 14 845 899 | 21 080 724 |
| 1951 | 569 | 21 669 | 12 148 | 34 386 | 431 669 | 5 532 761 | 14 847 205 | 20 811 635 |
| 1952 | 525 | 21 199 | 11 082 | 32 806 | 408 341 | 5 724 123 | 15 577 907 | 21 710 371 |
| 1953 | 563 | 20 822 | 11 110 | 32 495 | 410 184 | 5 990 690 | 16 196 266 | 22 597 140 |
| 1954 | 527 | 20 496 | 11 397 | 32 420 | 415 819 | 7 016 822 | 17 704 293 | 25 136 934 |
| 1955 | 510 | 20 348 | 10 700 | 31 558 | 427 022 | 7 320 891 | 18 498 549 | 26 246 462 |
| 1956 | 498 | 19 571 | 10 845 | 30 914 | 424 764 | 7 812 345 | 20 373 386 | 28 610 495 |
| 1957 | 497 | 18 723 | 10 822 | 30 042 | 427 919 | 7 931 831 | 20 686 682 | 29 054 329 |
| 1958 | 499 | 17 926 | 10 312 | 28 737 | 391 313 | 7 985 481 | 22 686 578 | 31 063 372 |
| 1959 | 485 | 17 353 | 10 247 | 28 085 | 380 069 | 8 900 557 | 21 579 942 | 30 860 568 |
| 1960 | 447 | 16 794 | 10 030 | 27 271 | 360 539 | 7 999 132 | 19 371 436 | 27 731 107 |

**Erläuterungen:**

ad a) Diese Kolonne umfasst die Reinausgaben der burgerlichen Armenpflege (nach Abzug der eingezogenen Verwandtenbeiträge und Rückerstattungen). — Keine Staatsbeiträge.

ad b) Diese Kolonne gibt die reinen Zuschüsse an, welche aus den Mitteln der laufenden Gemeindeverwaltung an die Armenpflege und Fürsorgeeinrichtungen (Notstandsfürsorge ab 1954 inbegriffen) gewährt wurden, d. h. nach Abzug aller gesetzlichen Einnahmen, wie Burgergutsbeiträge, Armengutsertrag, Verwandtenbeiträge, Rückerstattungen und Beiträge des Staates. — Nicht staatsbeitragsberechtigte Aufwendungen der Gemeinden zu gemeinnützigen Zwecken fehlen in dieser Aufstellung.

ad c) Diese Kolonne gibt die reinen Staatsausgaben für auswärtige und örtliche Armenpflege und ihre Fürsorgeeinrichtungen an. In den Zahlen sind nicht enthalten: die Verwaltungskosten, die Aufwendungen des Kantons für die Alters- und Hinterlassenenfürsorge, die Notstandsfürsorge (bis und mit 1953) sowie die Ausgaben aus Fonds zu besondern Zwecken.

## Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten Personen nach Wohnortsprinzip sowie Gesamt- und Nettoaufwendungen

| 1959 | | | Wohnort der Unterstützten bzw. Kanton, Land | 1960 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | | Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | Nettoaufwendungen |
| | | Fr. | | | | Fr. | Fr. |
| | | | **1. Unterstützte im Kanton Bern:** | | | | |
| | | | Einwohner- und gemischte Gemeinden | | | | |
| 14 459 | 22 086 | 15 625 217.— | a) Berner | 13 706 | 20 462 | 16 624 807.— | 8 898 228.— |
| 1 705 | 2 851 | 1 717 550.— | b) Angehörige von Konkordatskantonen | 1 838 | 2 937 | 1 602 632.— | 407 113.— |
| 393 | 703 | 320 930.— | c) Angehörige von Nichtkonkordatskantonen | 437 | 722 | 294 985.— | 25 751.— |
| 511 | 750 | 534 069.— | d) Ausländer | 522 | 760 | 534 580.— | 161 219.— |
| 24 | 24 | 19 844.— | e) Kosten strafrechtlicher Massnahmen | 27 | 27 | 24 231.— | 24 231.— |
| 485 | 561 | 528 305.— | Burgergemeinden | 447 | 523 | 508 483.— | 359 339.— |
| 2 794 | 3 366 | 4 771 869.— | Staatliche Fälle (heimgekehrte Berner) | 2 809 | 3 493 | 4 764 620.— | 3 132 701.— |
| 20 371 | 30 341 | 23 517 784.— | | 19 786 | 28 924 | 24 354 338.— | 13 008 582.— |
| | | | **2. Berner in Konkordatskantonen:** | | | | |
| 437 | 930 | 277 766.— | Aargau | 400 | 816 | 237 745.— | 214 017.— |
| 2 | 2 | 1 390.— | Appenzell I.-Rh. | 2 | 2 | 1 600.— | 1 600.— |
| 658 | 1 164 | 516 237.— | Baselstadt | 626 | 983 | 453 028.— | 393 551.— |
| 311 | 686 | 231 693.— | Baselland | 317 | 531 | 222 715.— | 175 557.— |
| 48 | 86 | 40 219.— | Graubünden | 47 | 79 | 35 742.— | 30 627.— |
| 361 | 870 | 218 562.— | Luzern | 359 | 794 | 229 510.— | 188 899.— |
| 1 173 | 1 880 | 851 922.— | Neuenburg | 1 186 | 1 638 | 723 171.— | 664 124.— |
| 10 | 25 | 7 349.— | Nidwalden | 9 | 22 | 5 255.— | 3 981.— |
| 6 | 20 | 3 677.— | Obwalden | 6 | 19 | 9 025.— | 7 704.— |
| 171 | 402 | 172 267.— | St. Gallen | 186 | 326 | 122 640.— | 114 125.— |
| 106 | 233 | 50 260.— | Schaffhausen | 101 | 198 | 58 608.— | 49 925.— |
| 22 | 44 | 13 216.— | Schwyz | 19 | 44 | 9 635.— | 8 543.— |
| 641 | 1 325 | 381 858.— | Solothurn | 582 | 1 072 | 314 748.— | 286 650.— |
| 70 | 129 | 49 820.— | Tessin | 64 | 101 | 46 419.— | 42 714.— |
| 9 | 23 | 3 330.— | Uri | 6 | 16 | 4 610.— | 2 644.— |
| 1 333 | 2 513 | 959 814.— | Zürich | 1 244 | 2 095 | 1 002 338.— | 843 134.— |
| 5 358 | 10 332 | 3 779 380.— | | 5 154 | 8 736 | 3 476 789.— | 3 027 795.— |
| | | | **3. Berner in Nichtkonkordatskantonen:** | | | | |
| 26 | 48 | 20 873.— | Appenzell A.-Rh. | 21 | 42 | 25 586.— | 23 773.— |
| 162 | 359 | 169 041.— | Freiburg | 180 | 380 | 133 036.— | 96 189.— |
| 816 | 1 092 | 814 317.— | Genf | 800 | 1 072 | 747 045.— | 669 968.— |
| 12 | 39 | 9 558.— | Glarus | 12 | 33 | 10 420.— | 9 051.— |
| 143 | 341 | 172 652.— | Thurgau | 140 | 350 | 133 651.— | 99 917.— |
| 886 | 1 313 | 993 871.— | Waadt | 862 | 1 287 | 912 883.— | 761 638.— |
| 19 | 38 | 20 082.— | Wallis | 22 | 55 | 16 008.— | 10 512.— |
| 19 | 52 | 24 381.— | Zug | 24 | 55 | 15 846.— | 10 115.— |
| 2 083 | 3 282 | 2 224 775.— | | 2 061 | 3 274 | 1 994 475.— | 1 681 163.— |
| | | | **4. Berner im Ausland:** | | | | |
| 41 | 71 | 44 879.— | Deutschland | 50 | 82 | 44 273.— | 40 331.— |
| 185 | 229 | 56 856.— | Frankreich | 177 | 241 | 49 952.— | 43 411.— |
| 5 | 5 | 3 490.— | Italien | 3 | 3 | 2 547.— | 2 547.— |
| 42 | 66 | 43 090.— | Übriges Ausland | 40 | 56 | 32 954.— | 27 623.— |
| 273 | 371 | 148 315.— | | 270 | 382 | 129 726.— | 113 912.— |
| 28 085 | 44 326 | 29 670 254.— | **Gesamtaufwendungen für die einzelnen Armenfälle** | 27 271 | 41 316 | 29 955 328.— | 17 831 452.— |
| — | — | 10 614 034.— | **Beiträge aus Armenmitteln an Fürsorgeeinrichtungen** | — | — | 9 899 655.— | 9 899 655.— |
| 28 085 | 44 326 | 40 284 288.— | **Aufwendungen des Kantons Bern (Staat und Gemeinden)** | 27 271 | 41 316 | 39 854 983.— | 27 731 107.— |

## Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten Personen nach Heimatzugehörigkeit sowie Gesamt- und Nettoaufwendungen

| 1959 | | | Heimatzugehörigkeit | 1960 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | | Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | Nettoaufwendungen |
| | | Fr. | | | | Fr. | Fr. |
| | | | **1. Berner:** | | | | |
| 14 744 | 22 371 | 15 843 843.— | Einwohner- und gemischte Gemeinden | 13 997 | 20 753 | 16 195 076.— | 9 224 427.— |
| 485 | 561 | 528 305.— | Burgergemeinden | 447 | 523 | 508 483.— | 359 339.— |
| 2 794 | 3 366 | 4 771 869.— | Staat: Heimgekehrte Berner | 2 809 | 3 493 | 4 764 620.— | 3 132 701.— |
| 5 085 | 10 059 | 3 569 573.— | in Konkordatskantonen | 4 874 | 8 456 | 3 914 744.— | 2 754 820.— |
| 2 071 | 3 270 | 2 215 956.— | in Nichtkonkordatskantonen | 2 050 | 3 263 | 1 986 251.— | 1 672 939.— |
| 273 | 371 | 148 315.— | im Ausland | 270 | 382 | 129 726.— | 113 912.— |
| 25 452 | 39 998 | 27 077 861.— | | 24 447 | 36 870 | 27 498 900.— | 17 258 138.— |
| | | | **2. Angehörige von Konkordatskantonen:** | | | | |
| 403 | 665 | 415 081.— | Aargau | 443 | 689 | 373 982.— | 82 379.— |
| 11 | 12 | 9 981.— | Appenzell I.-Rh. | 12 | 14 | 9 431.— | 2 627.— |
| 36 | 51 | 29 023.— | Baselstadt | 39 | 52 | 27 101.— | 2 896.— |
| 84 | 158 | 73 569.— | Baselland | 92 | 163 | 72 990.— | 28 338.— |
| 54 | 89 | 40 902.— | Graubünden | 59 | 92 | 38 133.— | 8 892.— |
| 152 | 261 | 148 519.— | Luzern | 166 | 269 | 138 674.— | 23 852.— |
| 113 | 176 | 121 517.— | Neuenburg | 124 | 182 | 123 497.— | 43 996.— |
| 8 | 8 | 1 975.— | Nidwalden | 8 | 8 | 1 901.— | 792.— |
| 10 | 23 | 10 017.— | Obwalden | 12 | 24 | 9 302.— | 2 649.— |
| 129 | 224 | 138 609.— | St. Gallen | 141 | 231 | 129 003.— | 31 996.— |
| 54 | 94 | 46 090.— | Schaffhausen | 59 | 96 | 42 561.— | 9 366.— |
| 30 | 57 | 23 474.— | Schwyz | 33 | 58 | 21 873.— | 5 344.— |
| 270 | 480 | 287 132.— | Solothurn | 289 | 492 | 266 920.— | 78 816.— |
| 102 | 153 | 113 393.— | Tessin | 107 | 159 | 106 380.— | 26 228.— |
| 10 | 13 | 8 431.— | Uri | 11 | 14 | 7 906.— | 903.— |
| 239 | 387 | 249 837.— | Zürich | 243 | 394 | 232 978.— | 58 039.— |
| 1 705 | 2 851 | 1 717 550.— | | 1 838 | 2 937 | 1 602 632.— | 407 113.— |
| | | | **3. Angehörige von Nichtkonkordatskant.:** | | | | |
| 27 | 50 | 11 561.— | Appenzell A.-Rh. | 30 | 52 | 10 490.— | 616.— |
| 149 | 266 | 105 071.— | Freiburg | 175 | 269 | 99 384.— | 9 898.— |
| 9 | 11 | 5 003.— | Genf | 9 | 13 | 4 501.— | 471.— |
| 19 | 44 | 11 734.— | Glarus | 20 | 46 | 10 643.— | 2 102.— |
| 58 | 109 | 71 008.— | Thurgau | 69 | 112 | 64 639.— | 6 803.— |
| 86 | 135 | 93 766.— | Waadt | 88 | 139 | 84 678.— | 5 525.— |
| 42 | 82 | 21 098.— | Wallis | 43 | 84 | 19 120.— | 216.— |
| 3 | 6 | 1 689.— | Zug | 3 | 7 | 1 530.— | 120.— |
| 393 | 703 | 320 930.— | | 437 | 722 | 294 985.— | 25 751.— |
| | | | **4. Ausländer:** | | | | |
| 172 | 261 | 259 954.— | Deutschland | 174 | 269 | 257 581.— | 27 041.— |
| 57 | 63 | 66 268.— | Frankreich | 58 | 65 | 66 009.— | 4 514.— |
| 178 | 273 | 108 345.— | Italien | 181 | 269 | 112 376.— | 68 524.— |
| 104 | 153 | 99 502.— | Übrige Länder | 109 | 157 | 98 614.— | 16 140.— |
| 511 | 750 | 534 069.— | | 522 | 760 | 534 580.— | 116 219.— |
| 24 | 24 | 19 844.— | **5. Kosten strafrechtlicher Massnahmen** | 27 | 27 | 24 231.— | 24 231.— |
| 28 085 | 44 326 | 29 670 254.— | **Gesamtaufwendungen für die einzelnen Armenfälle** | 27 271 | 41 316 | 29 955 328.— | 17 831 452.— |
| | | | **Beiträge aus Armenmitteln an Fürsorgeeinrichtungen*):** | | | | |
| — | — | 6 433 203.— | bernische Einwohner- und gemischte Gemeinden | — | — | 6 617 536.— | 6 617 536.— |
| — | — | 1 200.— | bernische Burgergemeinden | — | — | 1 200.— | 1 200.— |
| — | — | 4 179 631.— | Staat Bern | — | — | 3 280 919.— | 3 280 919.— |
| — | — | 10 614 034.— | **Aufwendungen des Kantons Bern (Staat und Gemeinden)** | — | — | 9 899 655.— | 9 899 655.— |
| 28 085 | 44 326 | 40 284 288.— | | 27 271 | 41 316 | 39 854 983.— | 27 731 107.— |

*) Gemäss Verwaltungsbericht 1960, Tab. Seiten 5 und 17.